

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40624, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 290.

Donnerstag, den 12. Dezember 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Hypnotisierte Politiker.

Was mit den Blockbrüdern hinter den Reichskulissen vorgeht, darüber können wir nur Vermutungen anstellen. Es scheint aber, daß die Linksliberalen dort förmlich hypnotisiert werden. Wenn sie beim Herausreten aus den Kulissen ein Messer ansetzen würden, um sich selbst die Nase abzuschneiden, so könnte man darüber auch nicht viel mehr erstaunen, als über die Redensarten, die sie zum besten geben. So haben sie jüngst dem Reichskanzler ihren Dank dargebracht, weil er das „Mißverständnis“ beseitigt haben soll, das bisher zwischen dem englischen und deutschen Volke bestand. Nun, zwischen dem englischen und deutschen Volke haben nie „Mißverständnisse“ bestanden; im Gegenteil kommen sich die arbeitenden Klassen beider Länder immer näher im gemeinsamen Kampfe gegen den internationalen Kapitalismus. Dagegen sind die herrschenden Klassen beider Länder schon lange untereinander verfeindet. Von den ostelbischen Junkern wird England wegen seiner bürgerlichen Freiheiten gehaßt, und Leute wie Bismarck haben alles getan, diesen Haß zu schüren. Von den deutschen Großhändlern aber wird England als der überlegene Konkurrent gehaßt und die englische Handelswelt ist durch die deutsche Flottenpolitik im höchsten Grade mißtrauisch gemacht und gereizt worden. Diese Erscheinungen hängen mit den politischen und wirtschaftlichen Zuständen und Eigentümlichkeiten beider Länder aufs engste zusammen. Ein Staatsmann aber sagt: „Mißverständnis!“ und von diesem Augenblick an existiert für die „Linksliberalen“ der ganze deutsch-englische Gegensatz nicht mehr. Bismarck hatte in der Tat dieses liberale Philtistertum nicht zu niedrig eingeschätzt.

In der politischen Hypnose finden diese linksliberalen Blockbrüder auch den Trost für all ihr Unglück, so reichen Trost, daß sie es gar nicht spüren. Wer diesem ganzen Lustspiel, genannt „der konservativ-liberale Block“, zusieht, der gewinnt auf den ersten Blick die Überzeugung, daß die Linksliberalen die Gefoppten sind. Sie sollen und werden Konzeptionen machen, die ihnen das Festen von Volksvertrauen, das sie noch besitzen, notwendig entziehen müssen; die ganze Block-Aktion wird zum Vorteil der ausgemachten Reaktionäre ausfallen. Die Linksliberalen, die solchergestalt zum Gefolge der Junker gemacht worden sind, haben aber durch die Hypnose jede Urteilsfähigkeit verloren. In dem Augenblick, da sie im Begriff sind, einen politischen Selbstmord zu begehen, glauben sie Triumphanten zu sein.

So stößt Raumann bekanntlich einen Subelschrei aus und behauptet, die Ereignisse der letzten Tage hätten bewiesen, daß wir in Deutschland parlamentarisch regiert würden.

Auf Raumann sind von vielen Leuten große Hoffnungen gesetzt worden. Man traute ihm ein außerordentlich tiefes Verständnis der politischen und sozialen Zeiterscheinungen zu. Er hat eine neue Richtung begründet, die aber keinen Boden hat fassen können. Sie hat sich jetzt zwischen zwei Stühle gesetzt. Die Sozialdemokratie hat sich nicht hinreißend lassen, Raumann zu überhöhen, wenn sie auch anerkannt hat, daß er sich von anderen bürgerlichen Sozialpolitikern mehrfaß zu seinem Vorteil unterscheidet. Das hindert aber nicht, daß er als hypnotisierter Blockbruder seine linksliberalen Gefinnungsgegnossen an politischer Phantasterei überbietet.

Das parlamentarische Regiment in England ist es wesentlich, was den einflussreichen reaktionären Elementen in Deutschland, namentlich dem ostelbischen Junkertum, dieses Land so verhaßt macht. In den sechziger Jahren machte bekanntlich der nach der Reaktionszeit wieder erstarkende Liberalismus in Preußen den Versuch, ein parlamentarisches Regiment einzuführen. Dieser Versuch wurde zu einem Kampf auf Leben und Tod mit dem reaktionären Ministerium Bismarck. Dieses, dem wiederholt das Budget verweigert wurde, konnte mit der damaligen Opposition, die aber etwas anderes war, als der aus liberalen und reaktionären Bestandteilen künstlich zusammengewinkelte Block, nur fertig werden, indem es sich kriegerische Erfolge verschaffte. Dies wurde erreicht und damit schlug Bismarck die Opposition nieder. Der „entschiedene“ Liberalismus wurde damals entscheidend besiegt und das parlamentarische Regiment auf unbestimmte Zeit verworfen.

Hypnotisierte Raumann glaubt nun, dies parlamentarische Regiment, um das damals in Preußen so heftig gekämpft wurde, sei den linksliberalen Blockbrüdern über Nacht von einer gütigen Fee in den Schoß gelegt worden. Der wird sich wirklich in die Nase schneiden, wenn er nicht noch rechtzeitig aus seinem Traumzustand erwacht.

In einem parlamentarisch regierten Staatswesen muß sich die Politik der Regierung im Einklang mit der Parlamentsmehrheit befinden. In dem Moment, da dies aufgehört, muß die Regierung zurücktreten oder sie muß das Parlament auflösen und durch Neuwahlen das Land befragen. Fallen diese nicht zugunsten der Regierung aus, so muß sie abdanken.

In Deutschland ist seit dem Bestand des neuen Reiches noch niemals ein Kanzler mit seinen Staatssekretären zurückgetreten, weil er sich nicht im Einklange mit der Mehrheit des Reichstags befand.

Sehen wir den Fall, der Block würde — was wahrscheinlich — bei den Finanzfragen in die Brüche gehen und Bülow würde seine Forderungen nicht bewilligt bekommen. Ist er dann genötigt, abzutreten? Durch eine solche Abstimmung an sich wird er sich dazu gewiß nicht veranlaßt sehen; er kann, wenn der Block zerbröckelt, sich mit dem Zentrum wieder versöhnen und sich mit diesem und den Konservativen eine Mehrheit bilden. Das Zentrum wird ihm dann schon zur Beschaffung von Geldmitteln behilflich sein und die Konservativen machen gar kein Hehl daraus, daß ihnen die konservativ-ultramontane Mehrheit lieber wäre, als die „konservativ-liberale Paarung“ im Block. Wenn keine anderen Einflüsse als eine Reichstagsabstimmung Bülow zum Rücktritt drängen, dann kann er ruhig bleiben.

Da liegt der Hase im Pfeffer: Eine parlamentarische Regierung ist nur dann möglich, wenn das Parlament auch die Macht hat, eine Regierung zu beseitigen. Diese Macht müßte sich der Reichstag erst erkämpfen.

Der hypnotisierte Raumann aber vertuscht den Linksliberalismus mit dem Block und den deutschen Reichstag mit dem englischen Unterhaus. Er wird bald unansehnliche Nasenstübe bekommen, die ihn darüber belehren, daß Träumerei und Hypnotismus in der Politik nicht gut tun.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

nahm am Mittwoch lang- und klanglos das Handelsabkommen mit England in dritter Lesung an, erledigte in fliegender Eile ein paar Rechnungssachen und wandte sich dann erneut dem Reichsvereinsgesetz zu. Hans Pöfel, so genannt von seinem früheren Fraktionsgenossen Liebermann, S i n d e w a l d ergötzte das anwesende Zehntel des Hauses durch postterliche Kapriolen und Herr Sch i d e r t aus Gumbinnen drückte in tiefer Rührung die loyalen Wenden, Littauer und Majuren ans konservative Herz. So, wie die böse Sieben augenblicklich beschaffen ist, wollen selbst Konservative und Antisemiten sie nicht schlucken. Bindewald spielte sogar den schwarz-rot-goldenen Volksmann und donnerte wütend auf die Nationalliberalen ein, denen er nicht zu Unrecht reaktionäre Gefinnungslosigkeit vorwarf und den Rat gab, das Wort „liberal“ aus ihrer Parteilinie zu streichen. Der elisässische Pfarrer Wetterle wetterte, und nicht mit Unrecht, gegen den groben Unfug der mit dem Namen „Reichsfeinde“ getrieben wird, und forderte die alldutschen Chauvinisten, die so gern über die Unterdrückung des Deutschums im Auslande klagen, auf, in der Polenpolitik ein wenig nach dem alten guten Grundsatze zu handeln: Was du nicht willst, was man dir tu, das füg auch keinem andern zu. Die Ausführungen des Zentrumsabg. S p a h n blieben zum großen Teile bei der Unruhe des Hauses unverstanden. Herr Spahn, dessen Maklerplinder vorläufig in den Tiefen des Schrankes ruht, sprach ziemlich oppositionell gegen den Mundknebelparagraphen. Seine Ausflüge auf theologisches Gebiet hatten eine evangelische Bundesrede des sächsischen nationalliberalen E v e r l i n g zur Folge. Genosse L e g i e n beleuchtete in trefflicher Rede, gestützt auf die reichen Erfahrungen, die er im Dienst der Gewerkschaften gesammelt hat, die vielen Fehlgänge, die das Gesetz für die Arbeiter und ganz besonders auch für die Gewerkschaftsbewegungen birgt. Gewiß sind ein paar Fortschritte in dem Entwurf enthalten, aber sie sind wahrhaftig nicht groß genug, um mit Verschlechterungen erkauft zu werden. Verzichtet die Mehrheit auf diese Verschlechterungen, so sind wir für das Gesetz zu haben. Im anderen Falle lehnen wir es ab, ohne uns von dem Lorengeschrei über die „bloße Negation“ beirren zu lassen. Nachdem dann noch der Pole S c h r a n o w s k i wie sein alter fürstlicher Fraktionsgenosse vom vorigen Tage nochmals gegen den Antrag der Sprachbestimmung gesprochen hatte, ließ der Block die Schlussskizze spielen. Mit heroischer Selbstüberwindung legte der männliche Feihsin, der noch keinen zweiten Redner ins Treffen geschickt, sein Haupt auf den parlamentarischen Henker-Block. Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen, und das Haus sammelte neue

Kräfte für die am Donnerstag stattfindende Besichtigung des Bülowpräsidenten an die Börse.

Ernterkrach im Flottenverein.

Nach der „Münchener Allgemeinen Ztg.“ hat Prinz Ruprecht von Bayern das Protektorat über den Bayerischen Landesverband des Flottenvereins niedergelegt. Als Grund für diesen Schritt hat er angegeben, daß nach neueren Vorkommnissen im Präsidium ein seinen Anschauungen und den Voraussetzungen, unter denen er das Protektorat übernommen habe, entsprechendes Verfahren seitens der Vereinsleitung nicht zu erwarten sei. Gemeint ist die Wiederwahl des Generals Reim zum Geschäftsleiter. Reim hat bekanntlich während der letzten Reichstagswahlen in unerhörter Weise den Flottenverein zu politischen Zwecken mißbraucht. Wie verlautet, haben eine Anzahl Mitglieder dem Flottenverein den Rücken gekehrt.

Bei der Reichstagserversatzwahl

in Krotoschin wurde Rittergutsbesitzer Dr. v. Trzeinski (Pole) gewählt.

Unverständlich — oder auch nicht!

Der eine Blockabgeordnete, welcher sich im Reichstage am 4. Dezember der Abstimmung enthalten hatte, war bekanntlich Herr Gothein von der freijüngigen Vereinigung. Ihm war dann nachgesagt worden, er habe sich demonstrativ vom Block getrennt. So etwas kann ein Blockmann nicht auf sich sitzen lassen, und deshalb erläßt Herr Gothein in der „Lib. Kor.“ folgende komische Erklärung:

„Die Annahme dieser Blätter ist irrtümlich. Ich betrat den Sitzungssaal, als dem Kriegsminister das Wort erteilt wurde. Erregt wurde mir zugerufen: „Bülowkriege: Bülowkriege; es wird vertagt.“ Während der die volle Aufmerksamkeit beanspruchenden Rede des Ministers hörte ich keine Aufklärung erlangen; auf leise Anfragen hieß es: „Sie werden ja gleich alles erfahren. Also ich wartete. Aber die Geschäftsordnungsdebatte über den Vertagungsantrag brachte mir nicht die geringste Aufklärung. Mit vielen nahm ich an, daß die Vertagung bis nach Neujahr geplant sei. Weder der Präsident noch einer der Redner verrieten mit einem Wort, daß nur bis zum nächsten Tage vertagt werden sollte. Sandte es sich um eine solche Lappalie, so waren der Widerstand und die Entrüstung der Minderheit wahrhaftig nicht verständlich. Wollte man aber auf einen Monat vertagen, so hielt ich deren Forderung, die Sache im Seniorensenat zu beraten, für durchaus gerechtfertigt, und ich bin zu lange selbst in der Minderheit gewesen, um nicht deren Rechte zu achten. Meinem Fraktionsvorsitzenden erklärte ich leise: „Ich verstehe die Sache nicht, ich möchte mich der Abstimmung enthalten.“ Die Antwort lautete: „Sie können tun, was Sie wollen.“ Hätte ich gemerkt, daß die Vertagung nur bis zum folgenden Tage ausgedröhren werden sollte, so hätte ich mit der Mehrheit gestimmt.“

Das liest sich ja gerade, als sei Herr Gothein unplötzlich vom Mars nach der Erde und in den Reichstag geschickt worden! Das, was vorher schon in den Berliner Zeitungen gestanden hat, nämlich daß der Reichskanzler Vertagung verlangte, um sofort mit den Blockführern zu verhandeln, wußte der sonst so erfahrene Politiker nicht! Was die Blockpolitik nicht alles im Gefolge hat. Den besten davon schwirren die Sinne wild durcheinander. Daher kommt es ja auch wohl, daß der ehemals tapfere Mitkämpfer in der Leg-Heimge und der Zoll-obstruktion nicht mehr begreift, daß ein Mann, der die Rechte des Parlaments achtet, die am 4. Dezember zutage getretene Parlaments-Kamarilla nicht unterstützen dürfte.

Ruhhandel und Unstimmigkeiten.

Den Mitgliedern der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses, der die Ostmarkenvorlage zur Beratung überwiesen worden war und die an diesem Dienstag in die zweite Lesung des Entwurfs einzutreten gedachten, ist am Montag abend von dem Vorsitzenden Abg. v. Arnim-Züsedom folgendes Schreiben zugegangen:

„Nach einer mir gewordenen Mitteilung des Herrn Landwirtschaftsministers wünscht die königliche Staatsregierung nicht, daß morgen die 11. Kommission eine Sitzung abhält, weil innerhalb der Staatsregierung noch Erwägungen schweben. Die Sitzung wird daher aufgehoben, und die Anberaumung einer neuen Sitzung nach der Weihnachtspause bleibt vorbehalten.“

Das mögen sonderbare „Erwägungen“ sein! Inzwischen aber kommt die Auflösung, die zwar nicht darauf schließen läßt, daß innerhalb der preussischen Regierung Einmütigkeit herrscht. Während nämlich der Vorsitzende der Kommission unter Berufung auf eine Mitteilung des Landwirtschaftsministers die Beratung vertagt und — anscheinend doch ebenfalls nach Besprechung mit dem Minister — eine neue Sitzung erst nach Beendigung der Weihnachtspause in Aussicht stellt, ist in der „Nordb. Allg. Ztg.“ zu lesen:

Der Wunsch der königlichen Staatsregierung auf Verlegung der für heute anberaumten Kommissionsberatung über die Ostmarkenvorlage ist darauf zurückzuführen, daß noch Verhandlungen mit den Parteien notwendig geworden sind. Es wird aber bestimmt damit gerechnet, daß die zweite Lesung der Vorlage in der Kommission noch vor der Weihnachtspause erledigt wird.

Jetzt kann also der Kuhhandel losgehen! Vielleicht werden durch denselben auch die Unstimmigkeiten in der Regierung behoben.

Eine feine Nummer.

In den Hottentottenwahlen wurde im zehnten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis der Genosse Lesche durch einen sicheren Herrn Siegfried Hecksher verdrängt, der sich auf dem Bänkechen der Freisinnigen Vereinigung niederließ. Dieser Herr hat vor kurzem das „Berliner Tageblatt“, das vielen Blockliberalen zu liberal ist, im „Hamburger Fremdenblatt“ wegen seines „unbilligen, jehenden, unproduktiven Wesens“ angerempelt und wohl nicht ganz mit Unrecht versichert, hinter dem „Berliner Tageblatt“ stehe Masse und von politisch ernst zu nehmenden Leuten gerade genug, um sie auf einer Schabkarre nach dem Reichstag zu fahren. Darauf dient das „Berliner Tageblatt“ dem Herrn Hecksher folgendermaßen:

Ein Blockjüngling namens Siegfried Hecksher suchte sich in einem Hamburger Blatte die publikumswirksamen Sporen zu verdienen, indem er sich in ungehörigen Ausfällen gegen das „Berliner Tageblatt“ ergoß. Wir würden auf die Heckerischen Belanglosigkeiten nicht eingehen, wenn Herr Hecksher nicht zufällig im Reichstage säße und bisher wenigstens noch bei der Freisinnigen Vereinigung hohelutend hätte. Bei Reichstagswahlen kommen allerlei Unregelmäßigkeiten vor: wenn ein junger Mann, bei dem der brennende Ehrgeiz in der Brust keine Spannkraft über sich mit rätsellosen Ellenbogen eine Kandidatur ergattert, und wenn er dann gar noch durch eine Kette von glücklichen Zufällen gewählt wird, dann muß man die Achseln und schweigt. Eine Null mehr! Was tut's? Aber da Herr Hecksher, der schon vor längerer Zeit jedes Betonen liberaler Grundzüge im Block (Schlichterwege) als Erstlinge bezeichnet hat, jetzt mit uns anbinden möchte, so wollen wir doch verraten, daß uns die Heckerischen Wahlpraktiken nicht unbekannt sind. Den Leuten, die sich mit Hecksher schweren Herzens abfinden, weil Männer wie Beckstein und Brabant leider eine Kandidatur in Sauerburg nicht übernehmen konnten, tut es heute schon herzlich leid, daß sie so unvorsichtig waren. Herr Hecksher war schon während der letzten Wahl im Bezirk, nach rechts umzufallen. Er ist als der liberale Parteiführer Haupt, der die Wahl gemacht habe, mit seiner Axt die Hand Heckerischer haben ab, sich mit den Antikemikern zu kompromittieren. Diese Wohlthaten entspricht kein höheres Verdienst im Reichstage, ihr entspricht auch kein Verdienst gegen das „Berliner Tageblatt“. Man wird es verstehen, wenn wir uns auf die Sache selbst nicht weiter einlassen. Wenn uns ein erhabener Politiker Verhöhnungen macht, dann können wir ihm gern Rede und Antwort. Mit diesem Blockjüngling besinnen wir uns nicht.

Da scheint ja der „nationalsozialistische Seiler“ von einem Jara Vertreter der „nationalen Ehre“ nicht worden zu sein!

Schutz gegen die „Saboteurs aus Zivilkleidern“.

Die Sache wird jetzt, gemäß den Ankündigungen des preussischen Kriegsministers von Cramm, gründlich gegen die „Saboteurs aus Zivilkleidern“ ergriffen.

Zunächst geht man dem bösesten Saboteur aus Zivilkleidern, Herrn Harden, an den Kraken. Mit Hilfe eines unehrenhaften Aktes von Kabinettsrat hat man das freisprechende Urteil aufgehoben und ein neues staatsanwaltschaftliches Verfahren eröffnet. Um den Schutz gegen die Saboteurs höherer durchzuführen, hat die gesamte Verhandlung des am 16. Dezember beginnenden Reichshofrat-Prozesses unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgt.

Hauptverhandlung ist die Eisenbahn-Anforderung von dem Namen zu sein, der den im Reichswort Berlin nachherigen Kaufmann Max Lehmann erwarbete. Lehmann unterliegt Verhaftung mit Angehörigen des 2. Garde-Regiments, dessen Kommando in der Nähe seiner Wohnung in Köln nach Lehmann erwarbete, mit — angeblich durch einen Saboteur — pervertierten Schadel. Hat sich da jemand gegen den Saboteur aus Zivilkleidern ergriffen?

Nicht ergriffen zu werden brauchen natürlich die Obersten, die innerhalb der militärischen Kräfte stehen. Ein Berliner Blatt erzählt von einem Liebenbergervater, von einem „Lair“ genannten Fährschiffkapitän und dergleichen mehr.

Das hochschuldigste Verbrechen gegen die Schandapropaganda ist die in der Reichswort Berlin (S. 173) veröffentlichte Behauptung, daß die Saboteurs aus Zivilkleidern (die Saboteurs aus Zivilkleidern) vor: eines kleinen kaiserlichen Krieges:

Der Krieg, ich mag es ja sagen, wenn man will, ist für uns ein Verbrechen. England würde wieder England, Schande Schande bringen. Die unheimlichen Elemente, die sich jetzt verhalten auf dem Meere, werden sich jetzt endlich in ihre Schandkammer verziehen. Denn das Schandkammer, ist ein Verbrechen auf sich selbst.

Das Schandkammer soll nicht etwa die Lyoner und Hottentotten heißen, sondern die unheimlichen Elemente, die das Schandkammer in „Schandkammer“ behandeln. Die 173-Elemente sind ja bekanntlich, sie selbst können also nicht in Gefahr, erlöschen zu werden. Die Reaktion soll verhindern, damit sie nicht erlöschen von den höchsten und höchsten Schandkammer.

Ein trübendes Weizen.

Die Herren Flotten- und Panzerplatten-Fabrikanten beklagen von der nationalsozialistischen Centralen werden auch am Reichstag in der Budgetkommission des Reichstages beklagt, die Regierung im Reichstag noch weiter und weiter unangenehm, als sie schon jetzt zu gehen können. Die Herren Dr. Seiler, Dr. Stresemann stehen sich das ganze „Programm“ des Nationalsozialismus zu eigen und verlangen dessen Verwirklichung. Sie wollen, daß die Flotten- und Panzerplatten-Fabrikanten die Mittelklasse der Flotten- und Panzerplatten-Fabrikanten in der Flotten- und Panzerplatten-Fabrikanten. Das ist ein Verbrechen auf sich selbst.

treten des Panzerplattenkapitals wiederum seinen Dank für ihre „patriotische“ Haltung aus! Er wird sicher nicht verfehlen, bei nächster Gelegenheit ihren Wünschen zu genügen, wenn nicht noch darüber hinauszugehen, wenn er nur einige Aussicht hat, eine Mehrheit dafür im Reichstag zu finden.

Was die Wünsche der Flottentreiber bedeuten, ergibt sich aus folgendem: Das Flottengesetz vom Jahre 1900 verlangte, daß bis zum Jahre 1917 die Linienschiffe auf die Zahl von 38 gebracht würden. Als vorhanden wurden 27 Linienschiffe angenommen. Da nach der Vorlage zwischen 1906 bis 1917 17 Ersatzbauten vorgenommen werden sollten, schieden unter Berücksichtigung von 11 Neubauten 17 ältere Schiffe aus. Nämlich die 8 Küstenpanzerfahrzeuge, die „Sachsen“-Klasse, die „Oldenburg“ und die „Brandenburg“-Klasse, d. h. Schiffe, die bis zum Jahre 1895 vom Stapel gelaufen waren.

Die neue Flottenvorlage verlangt nun gemäß der Herabsetzung des Dienstalters auf 20 Jahre vier neue Linienschiffe-Ersatzbauten, so daß auch vier Schiffe der „Kaiser“-Klasse, die von 1896 bis 1899 vom Stapel gelaufen sind, ersetzt werden. Die nationalsozialistischen Flottentreiber aber drängen die Regierung, die ganze „Kaiser“- und „Wittelsbach“-Klasse schleunigst zu ersetzen, d. h. noch sechs weitere Linienschiffe der „Kaiser“- und 5 der „Wittelsbach“-Klasse, die erst 1900 und 1901 vom Stapel gelaufen worden sind! Dazu noch 6 große Kreuzer! Also insgesamt 12 Schiffsbauten à 40 Millionen: gleich 480 Mill. Mark!

Der Hauptzweck dieser unheimlichen Treiberei ist offenbar, den Panzerplattenfabrikanten auch nach 1912 die „volle Beschäftigung“ zu sichern, damit ihr Profit keine Einbuße erleide. Nun, die Regierung wird schon rechtzeitig vorzugen, daß ihnen kein Schaden geschieht. Selbst die Freisinnigen wollen nur nicht drängen. Wenn die neue Forderung kommt, werden sie als treue Blockgefahren schon mit sich handeln lassen.

Jesko v. Puttkamer.

Mit der Angelegenheit des früheren Gouverneurs Jesko v. Puttkamer wird sich nach einer Meldung des „S. L.-A.“ der Disziplinarkommission in Leipzig als Berufungsinstanz am 13. Januar nächsten Jahres beschäftigen. Puttkamer war am 25. April 1907 von der Disziplinarkammer zu Potsdam wegen Dienstvergehens in drei Fällen für schuldig erkannt und mit einem Verweise und mit einer Geldstrafe in Höhe von 1000 Mk. bestraft worden. Gegen dieses Urteil hat die Reichsregierung Berufung eingelegt, über die am 13. Januar entschieden werden wird.

In der Verhandlung vor der Disziplinarkammer ist der Schäger der Fagouline und der kamerunische Kulturapostel sehr billig davorgekommen. Es ist damit aber nicht gesagt, daß die Berufungsinstanz unanfechtbar zupacken wird.

Rußland.

Das Senatsgericht in Petersburg. Am 5. Dezember wurden in Petersburg die Prozeßverhandlungen gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma eröffnet. Die bürgerlichen Blätter bringen kein Sterbenswörtchen über das Drama, das sich gegenwärtig im Petersburger Gerichtshaus abspielt. Nur kurze Notizen im lokalen Zeit. Genosse Kossarow, der namens der sozialdemokratischen Fraktion in der Duma vom 5. Protest erhob gegen das stehende Senatsgericht, wurde von der Richter und dem Zentrum niedergebrennt. Nichts sollte über die Gerichtskomodie in die Öffentlichkeit dringen, die die herrschende Clique hinter geschlossenen Türen in Szene gesetzt hatte. Doch die Stimme des Proletariats konnte nicht überhört werden. Trotz Ausnahmestellung und Polizeimittel setzten zwei Drittel aller Petersburger Arbeiter am 5. Dezember die Arbeit ein, nachdem sie sich auf den Fabriksversammlungen solidarisch mit der Fraktion erklärt und Protest gegen das Gericht erhoben hatten. Ihnen schlossen sich alle Petersburger Hochschulen an. In Moskau streikten gegen 60 Fabriken und fast alle Druckereien. In der Umgegend von Moskau streikten gleichfalls viele Fabriken die Arbeit ein. In Saratow streikten 8 Fabriken und die Eisenbahnwerkstätten, in Wilna mehrere Fabriken und fast alle Druckereien. In Dvinsk streikten die Studenten den Besuch der Vorlesungen ein und hielten eine stark besuchte Protestversammlung ab, worin dieser Protest außerhalb des Gerichtssaales wurde von den Angeklagten selbst ihren Verteidigern innerhalb desselben wirksam unterstützt. Sie beantragten, daß die Verhandlungen nicht hinter verriegelten Türen, sondern öffentlich geführt werden und verließen, als dieser Antrag nicht einmal zu Ende gelesen werden durfte, während ihren Verteidigern den Gerichtssaal. Es hatte keinen Sinn, sich vor „Richtern“ zu verteidigen, die das Schandkammer schon fertig in der Tasche hatten, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen blieb. For aller Augen, auf der Panzerplatte und in den Kommissionen hatte sich die Fraktion der sozialdemokratischen Fraktion abgepielt, und nun öffentlich, nicht aber hinter geschlossenen Türen vor einem Untersuchungsgericht, konnte sie an der Gerichtsverhandlung teilnehmen, um vor aller Augen Rechenschaft abzulegen über ihre Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Duma. Moge das Untersuchungsgericht vor leeren Stühlen die Verhandlungen weiterführen, möge es, der elementarsten Gerechtigkeit folgen, das ihm vorgelegte Material verhandeln. Die öffentliche Meinung Russlands und Europas wird dadurch nicht unerschüttert. Davon zeigt der spontane Ausbruch des Solidaritätsgewisses der russischen Arbeiter und Studenten und die warme Sympathie, die das internationale Proletariat dem Vertreter der russischen Arbeiterklasse entgegenbringt.

Balkan.

Reise nach Bulgarien in Mazedonien. Reisende, die von der bulgarischen Grenze in Sofia eintraten, sind, melden, daß 175 Bulgaren aus dem Gebiet von Kresnap, welche wir als bulgarische nach dem Aufstande wanderten, um bei den dortigen Kämpfern Unterstützung zu finden, im Sereskraie durch eine griechische Bande überfallen und massakriert worden sind. Im General haben

auch zwei von den vier türkischen Gendarmen, die die Arbeiter begleiteten.

Spanien.

Eine Verschwörung in Madrid? Wie der „Imparcial“ meldet, sind infolge einer Hausdurchsuchung in den Büroräumen einer Madrider Zeitung und in der Wohnung des Direktors der Zeitung dieser und mehrere Unteroffiziere verhaftet worden. Es soll sich um eine Verschwörung von Republikanern handeln, an der eine große Zahl von Unteroffizieren beteiligt sein soll. Der Ministerrat beschäftigte sich mit den infolge der Hausdurchsuchungen in den Büroräumen des „Journal Sarquito Espanol“ vorgenommenen Verhaftungen von 16 Unteroffizieren. Entgegen der Meldung des „Imparcial“ erklärte der Kriegsminister, die Angelegenheit sei ohne Bedeutung. Er bestritt, daß es sich um eine Verschwörung gehandelt habe; die Unteroffiziere hätten sich ohne Erlaubnis versammelt. Gleichwohl werden die Verhaftungen aufrechterhalten.

China.

Revolutionäre Bewegung. In der Provinz Tschekiang geminnen die antidynastischen Geheimbünde immer mehr Einfluß, da die Regierung entgegen dem Willen der Bevölkerung den Engländern gewisse Vorteile bei einer zu bauenden Bahn zugesagt hat. Die Erbitterung ist noch gewachsen durch das Gerücht, England bereite die Landung von Truppen vor, falls Unruhen ausbrechen sollten. Die chinesische Regierung hat den Gouverneur angewiesen, Truppen bereit zu halten. An der Küste von Tschekiang liegen zwei chinesische Kreuzer. In der Provinz Kiangsi hat der Aufstand bedeutenden Umfang angenommen; die Aufständischen erzielten mehrere Erfolge und besetzten den Tschingnanpaß an der Grenze von Tonking, der im französisch-chinesischen Kriege 1884 eine große Rolle gespielt hat. Die Bewegung trägt einen ausgesprochenen antidynastischen Charakter. Die Aufständischen sind reichlich mit Waffen und Munition, die von Tonking eingeschmuggelt werden, versehen. Das Waimuon (auswärtige Amt) erbittet die Unterstützung der Franzosen zum Zwecke der Unterbindung weiterer Waffenzufuhr; der Generalgouverneur von Kanton hat befohlen, sofort alle Streitkräfte aufzubieten, um den Aufstand niederzuschlagen.

Der Blockfreisinn für reaktionäre Wirtschaftspolitik.

Wie sich die kapitalistische Zollpolitik selbst ad absurdum führt, das kann man aus einer im August dieses Jahres erschienenen, aber vielfach unbeachtet gebliebenen Publikation: „Der deutsche Außenhandel 1906“ deutlich erfahren. Dieser vom Handelsvertragsvereine (Verband zur Förderung des deutschen Außenhandels) herausgegebene Jahresbericht über die Lage des Geschäftsverkehrs mit dem Auslande liefert Materialien zur Beurteilung der Frage, wie die zwischen den Staaten aufgerichteten Schranken und Hemmungen — die ja einer Besteuerung der fremden Industrien gleichkommen — auf den Verkehr wirken.

Greifen wir zunächst den Getreidehandel heraus. Er war 1906 von dem neuen Zolltarif insofern beeinflusst, als er die Wirkung desselben antizipierte. Die Vorverfugung mit Getreide vor dem Inkrafttreten des Tarifs war eine so enorme, daß dadurch die Preisbewegung beeinflusst wurde. So wurde Weizen eingeführt im Januar und Februar:

1903	270 820 Tonnen
1904	248 810 „
1905	252 255 „
1906	821 361 „

Natürlich weisen die Agrarier darauf hin, daß durch die erhöhte Einfuhr die Zollwirkung aufgehoben worden sei; aber man kennt schon die agrarische Kunst der Entstellung. Trotz dieses vorweggenommenen fixierten Imports ist die von den Agrariern erwartete Wirkung nicht ausgeblieben: Die Preiserhöhung trat eben schon in den Vormonaten infolge der erhöhten Nachfrage ein.

Sehr empfindlich wurde die Textilindustrie getroffen, und wenn heute in dieser Branche bereits von einer Krise gesprochen wird, so ist diese zum guten Teil auf die gloriole Handelspolitik zurückzuführen. Die intereffizierten Textilindustriellen berichten, daß der Export von Tuch, Kleiderstoffen, Rammgarngeweben, seidenen und halbselbigen Geweben sowie von Konfektionswaren und Wäsche durch die erhöhten Auslandszölle erheblich zurückgegangen ist. Gewiß haben auch andere Ursachen zu diesem Rückgang beigetragen. In Österreich, Rußland, der Schweiz und Amerika ist die Produktion derart gestiegen, daß man auf Deutschland nicht mehr im selben Maße wie bisher angewiesen war. Um so unheimlicher ist die Hochschulzollpolitik zugunsten der Agrarier, die der deutschen Industrie die Behauptung der alten Absatzmärkte erschwert und ihren Arbeitern das Brot verteuert. Ohne diese selbstmörderische Politik wäre der Export nicht derart geschwächt — im Jahre der Hochkonjunktur! — und wären die bestehenden Handelsbeziehungen nicht so leicht aufgelöst worden.

Der Herausgeber der von den Industriellen des Verbandes angegebenen Gutachten, Dr. W. Borgius, kommt zu dem Schlusse, daß die verhängnisvolle Wirkung der neuen Handelsverträge durch die mitgeteilten Aufzählungen erwiesen und der Protest gegen die Handelspolitik des Reiches in vollem Umfange gerechtfertigt sei — was freilich unsere Industriellen nicht hindern wird, nach wie vor mit den Agrariern Hand in Hand zu gehen. Ja das fordert die tapferen Ritter Rammann und Genossen, die vor der freisinnig-konfessionellen Blockade Janjare bliesen gegen die verberbliche Bülowische Wirtschaftspolitik, durchaus nicht, demselben Bülow, der sich eine agrarische Erbschaft ausgedenken hat, ihr volles und begrenztes Vertrauen zu bewahren, nachdem dieser Blockvertragsmann unheimlich gekränktes Festhalten an der agrarischen, Handel- und Verkehrsschädigenden, die Lebenshaltung vertauernden Wirtschaftspolitik proklamiert hat. Und dieser Freisinn liberaler Politik machen! Irrfächerer und Spießerer, das ist alles, was beim Freisinn zu finden ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.
Donnerstag, den 12. Dezember.

Der Bürgerausschuß wählte in seiner gestrigen Sitzung Konful Dimpfer zum Vorsitz, Dr. med. Biehl zum ersten, Kaufmann Ritter zum zweiten Stellvertreter. Der Verkauf eines staatlichen Areals in Größe von 75 Quadratmetern, an der Karlstraße belegen, zum Preise von 2000 Mark an den Mühlenbesitzer Carl Siemers und ein Grundstücksaus- tausch zwischen der Marienfirchengemeinde und dem Uhr- macher Behrens wurden der Mitgenehmigung der Bürger- schaft empfohlen. Durch letzteren Vertrag erwachsen dem Staat 18 000 Mk. Kosten; allerdings hat Uhrmacher Behrens 6000 Mk. zurückzahlen. Ferner beschloß der Bürgeraus- schuß die Vermehrung der Beamten des Hauptpostamtes um einen Zollassistenten und zwei Revisionsaufseher, weil in Schwartau eine Zuckerraffinerie errichtet werden soll, mit welcher eine Zuckerversteigerung verbunden werden muß, und genehmigte die Nachbewilligung von 9320,19 Mk. für die Herstellung der Hochdruckwasserleitung in Travemünde. Des weiteren wurde der Mitgenehmigung der Bürgerschaft emp- fohlen ein Nachtrag zu dem Gesetze betr. die Reichs- schiffssteuer und die Erbschaftssteuer. Ein Senats- antrag auf Erbauung eines Schulhauses für die zweite Haushaltungsschule in St. Lorenz, sowie Änderung der An- stellungs- und Gehaltsverhältnisse der Lehrerinnen an dieser Schule wurde an eine Kommission, bestehend aus den Herren Becker, Schulmerich, Blund, v. Schaaf und Just, verwiesen. Weiter wurden zur Errichtung einer Schutzhütte auf dem linken Travemünder bei der Herrenbrücke 1150 Mk. und zum Bau einer Scheune für die im Riepenholz station- nierten Forstarbeiter 1300 Mk. bewilligt.

Sonderbare Schwärmer gibt es zweifellos in den ver- schiedensten Berufen; warum also nicht auch unter den Lehrern. Uns ist in letzter Zeit wiederholt mitgeteilt worden, daß Schulkinder von ihren Lehrern gefragt worden sind, welche Zeitung denn ihre Eltern lesen. In der Klasse einer Volksschule, in der alle Kinder — bis auf drei — erklärten, daß ihre Eltern den „Volkshorn“ halten, meinte der Jünger Petalozzi, die Kinder sollten nur zu Hause sagen, es wäre besser, wenn die Eltern das Abonnementgeld zum Kauf von Stiefeln verwenden würden. In einer anderen Schule soll gar zur Abbeileung des „Volkshorn“ und zum Abonne- ment auf das Amtsblatt aufgefordert sein. Es mag ja sein, daß nicht alles zutreffend ist, was die Kinder zu Hause über Vorgänge in der Schule erzählen. Wenn jedoch wirklich eine derartige politische Agitation von Lehrern getrieben worden ist, so müssen wir dagegen entschieden protestieren. Nicht etwa, weil wir vielleicht einen Nachteil für unsere Partei oder unser Blatt befürchten — das ist ganz ausgeschlossen — sondern weil ein derartiges Vorgehen durchaus unge- hörig ist.

Auf ein fünfundsiebenzigjähriges Bestehen kann die Koch'sche Schiffswerft am heutigen Tag zurück- blicken. Dreien, seit dieser Zeit bei ihr beschäftigten Leuten, dem Arbeiter Lienshöft, dem Vorarbeiter Naack und dem Meister Meier wurde außer der silbernen Senatsmedaille ein größerer Geldbetrag seitens der Firma ausgehändigt. Den übrigen Leuten wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß ihnen aus Anlaß des fünfundsiebenzigjährigen Geschäfts- jubiläums bei der nächsten Lohnzahlung ein Extra-Zagelohn ausgezahlt werden würde.

Weihnachts-Pakete. Viele Pakete gelangen während der Weihnachtszeit aus dem Grunde nicht rechtzeitig in die Hände der Empfänger, weil sie während der Beförderung die Aufschrift verloren haben. Hauptächlich sind dies solche Pakete, deren Umhüllung aus grobem Packleinwand besteht, auf das ein Stück Papier mit dem Namen und der Adresse des Empfängers geklebt ist. Um das Abfallen der Auf- schrift zu vermeiden, verwende man anstelle des Papiers ein Stückchen weissen Leinwand, schreibe darauf den Namen und Bestimmungsort recht deutlich und nahe es auf die Paket- umhüllung. Es empfiehlt sich, dem Inhalt aller Sendungen einen Zettel mit der vollständigen Adresse beizufügen, damit auf Grund dieser Angaben der Empfänger erkannt und die Weiterleitung oder Bestellung der Sendung ohne erheblichen Zeitverlust auch in solchen Fällen bewirkt werden kann, in denen trotz aller vom Absender angewendeten Vorkehrungen die äußere Aufschrift abhanden gekommen oder unlesbar ge- worden ist. Eine wesentliche Änderung bezüglich des Rück- sendungsverfahrens während der Weihnachtszeit ist insofern einge- treten, als für die Zeit vom 10. bis 25. Dezember die Ver- einigung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse im inneren deutschen Verkehr und im Auslandsverkehr nicht gestattet ist.

Unfälle bei Gossmann u. Jürgens. Am Montag morgen 7 1/2 Uhr fiel dem Arbeiter Wagen ein Schlitzen beim Stellanbau auf den Rücken. M. befindet sich in ärzt- licher Behandlung, kann aber die Arbeit vorläufig machen. — Am Montag abend 5 Uhr fiel der Arbeiter Horstmann so unglücklich vom Stapel, daß er den Fuß zweimal gebrochen hat; H. mußte per Droschke nach seiner in der Brolingsstraße belegenen Wohnung gebracht werden. — Am Mittwoch abend 1/2 Uhr fiel der Arbeiter J. Lühr, Reiferstraße wohnhaft, so unglücklich vom Stapel, daß er sehr schwere innere Ver- letzungen erlitt; er wurde von drei Kollegen fortgebracht, um per Wagen nach seiner Wohnung befördert zu werden. — Alle drei Unfälle sind zweifellos mit auf das in der Fabrik herrschende Afford-System zurückzuführen; außerdem führen die Leute Klage über schlechtes Licht, Stellagen-Höcke und die außerordentlich hohen Bretterstapeln, die jetzt dort verrichtet werden. Es wäre an der Zeit, daß man die Holzlagerplätze einmal einer Inspektion unterzöge.

pb Schönlake Uhr. Aus dem ersten Stock eines Hau- ses der Rosenstraße wurde am 11. d. Mts. eine Wanduhr gestohlen. Das Gehäuse der Uhr besteht aus einem schwar- zen Holzkasten mit Goldleisten. Um das Zifferblatt herum ist eine Landschaft bildlich dargestellt.

Stadttheater-Propositorium. Aus dem Theater-Bureau wird uns geschrieben: Morgen wird „Der Hund von Basterville“, das Originalstück von Ferdinand von Schiller, zum ersten Male wiederholt. Sonnabend geht Kleists „Das Käthchen von Heilbronn“, jeder Platz 50 Btg., in Szene. Sonntag nachmittags findet bekanntlich die erste Abendvorstellung statt. Das Märchen „Aschenbrödel“ wird ähnlich neu ausgestattet. Die Musik wird vom Orchester des Vereins der Musikfreunde ausgeführt. Die Länge, Märche und Evolutionen sind von Herrn Balletmeister von Bults entworfen. Abends 7 Uhr geht zu einfachen Preisen an- fänglich der Oper „Doppel-Vorstellung zuerst die Oper „Fäsel und Gretel“, hierauf „Der Troubadour“ in Szene. Montag gastiert die Rgl. Sächl. Hofopernsängerin von v. d. Osten als Margarete. Die junge Künstlerin, welche sowohl in Dresden als auch auf ihren Gastspielreisen mehrere Triumphe feiert, errang in Wien im Verein mit Carl Burian einen beispiellosen Erfolg.

Hamburg. Wegen Wechselfälschungen, man hat in Höhe von 70000 Mk. und wegen Kontroversen- wechens ist ein Bankier S. in Haft genommen worden. Er tracht an allen Ecken und Enden. — Unter- gang des Hamburger Schoners „Industrie“. Der Kapitän des norwegischen Dampfers „Kong Sigurd“, Kap-

Amosen, machte folgende Meldung: Am 10. d. Mts. auf der Reise von Christiania nach hier, mittags 12 1/2 Uhr, als der Dampfer Helgoland in Wpl. 6 Seemellen Abstand pas- sierte, sahen wir an der Backbordseite voraus zwei Masten aus dem Wasser ragen und bemerkten zugleich, daß sich ein Mensch in den Rigggen bewegte. Der Dampfer fuhr näher an das Wrack heran und wurde dann ein Boot ausgefist, mit einem Matrosen und einem Steuermann bemannt. Da das Wetter sehr stürmisch war und die See ziemlich hoch ging, konnte das Boot an die Masten nicht herankommen. Der in den Rigggen stehende Mann ließ sich darauf ins Wasser fallen und konnte dann von den Bootsdaraffen auf- gefischt werden. Man brachte den Geretteten an Bord des Dampfers, wo er gepflegt und mit trockenen Kleidern ver- sehen wurde, worauf der Mann in einen tiefen Schlaf verfiel. Als er erwachte, sagte er aus, daß er Ernst Gottlieb Richter heiße und zu der Besatzung des Hamburger Schoners „In- dustrie“, Kap. Cissary, gehöre. Der Schoner sei mit einer Ladung Salz von Harburg nach Schottland abgegangen und sei am 8. Dezember in See gegangen. In der Nacht auf Montag sprang das Schiff los und sank in die Tiefe. Er habe sich an dem Mast festhalten können und sei dann in den Rigggen hochgeklütert. Von dem Kapitän und den übrigen drei Mann der Besatzung habe er nichts wiedergesehen. Der Kapitän Cissary, der Steuermann Max Dagenfeldt, der Leichtmatrose William und der Schiffs- junge Hans, die Zunamen kenne er nicht, seien verschwun- den. Zur Zeit der Rettung des Schiffsmannes herrschte ein sehr starker Wind aus West und war hoher Seegang. Der Gerettete hat später diese Aussage vor dem Seeamt gemacht und ist dann nach dem Hafentränkenhause gekommen, da er einer ärztlichen Behandlung bedarf. Der Schoner „Indus- trie“ ist auf der Ausreise von dem Dampfer „Frieda Behmann“ angeannt worden und verlor dabei das Bugspriet. Das Schiff kam zurück, erhielt eine neues Bugspriet und setzte dann seine Ausreise wieder an.

Kiel. Die ganze Schwere des Gesetzes ließ das Schöffengericht zu Ueteren in Holstein auf unsern Genossen Brecur, dem verantwortlichen Redakteur der „Schlesw.-Holsteinischen Volksztg.“ in Kiel, herniederfallen, der eine Notiz aus Ueteren zu verantworten hatte, nach welcher die Gemeinde um einen erheblichen Betrag für Schlacken, die angeblich garnicht geliefert worden, betrogen sein sollte. Der Bürgermeister fühlte sich beleidigt, da ge- sagt wurde, daß er die Rechnung angewiesen habe. Tatsache ist, daß sich der Korrespondent der „Volkszeitung“ hatte täuschen lassen, indem die Schlacken geliefert waren, auch hatte nicht der Bürgermeister, sondern sein Stellver- treter die Rechnung angewiesen. Es half die Be- teuerung nichts, daß mit der Notiz nur berechnete Interessen gewahrt werden sollten. Genosse Brecur soll zwei Monate Gefängnis dafür abbüßen. — Unsere Genossen können daraus ersehen, welche Folgen eine unvor- sichtige Notiz haben kann. — Der Eingemeindungs- vertrag mit Gaarden ist Dienstag abend von den Stadtkollegen in geheimer Sitzung genehmigt worden. — Die Interpellation des Genossen Adler auf Vorbereitung etwaiger Notstands- arbeiten fand in der vorgezogenen Sitzung der Kieler Stadtkollegen wenig Gegenliebe. Der Oberbürgermeister lehnte es ab, im Augenblick eine bestimmte Stellung zu der Frage zu nehmen. Soviel steht fest, daß die Zahl der in Aussicht stehenden Arbeiten groß, ja so groß sei, daß man im Notfalle sofort in der Lage sei, solche Arbeiten vorzu- nehmen, vorausgesetzt, wenn die erforderlichen Summen zur Verfügung ständen. Von anderer Seite wurde überhaupt bestritten, daß für Kiel eine Krise zu erwarten sei, die Ge- schäftslage sei nicht so miserabel, wie Adler es darstellte. Die Germaniaerbt allein habe 63 000 Requirertons in Arbeit, die Arbeiter am Hasen verdienen 7—10 Mk. pro Tag usw. Die im Baugewerbe herrschende Flaue sei jedenfalls nur vorübergehend, der Wunsch Adlers scheiterte allein schon an der Schwierigkeit der Geldbeschaffung. Sollte man ihm Folge leisten, würden von allen Seiten die Arbeiter nach Kiel strömen und anderes mehr. Wenn ein Erfolg demnach nicht zu verzeichnen war, hat Genosse Adler doch alles getan, um auf die zu befürchtende Notlage hinzuweisen und damit lediglich seine Verpflichtung der Arbeiterschaft gegenüber erfüllt.

Wismar. Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen bei der am Dienstag, 10. d. M., stattgefun- denen Bürgervertreterwahl. Es wurden nicht nur die drei Sitze im Wahlbezirk behauptet, sondern auch noch ein neuer hinzu erobert. Bei der stattgefundenen Wahl wurden abge- geben für die Genossen Harten 121, Lassen 127, Reinko 128 und für Schmidt 119 Stimmen. Die Gegner, welche sich aus dem reichstreuen „Arbeiterverein“, dem Kriegerverein und dem neuen Bürgerverein zusammengesunden, erhielten folgende Stimmen: Kröger 82, Lammert 77, Schoof 51, Blund 80. Bei der vorherigen Wahl erhielten die Gegner 120, die Sozialdemokraten 130 Stimmen. Wir sehen, daß die Gegner trotz eifriger Agitation die Burg nicht zu stürmen vermochten.

Oldenburg. Maßregelungen auf der Olden- burger Glashütte. Seit längerer Zeit schon bestehen zwischen der Direktion der Oldenburger Glashütte und den Glashütten-Arbeitern Differenzen, die trotz des besten Willens der Arbeiter keine befriedigende Lösung gefunden haben. Diese Differenzen wurden noch dadurch verschärft, daß die Direktion drei Wechelschichten zu je 8 Stunden einzuführen versucht, ohne den Arbeitern, die fast sämtlich in Afford ar- beiten, einen entsprechenden Aufschlag auf die Stückzahl der Flaschen zu gewähren. Dazu kommt, daß nach der Ein- führung des Dreischichtensystems die Glasmacher noch außer dieser Zeit Nebenarbeiten (das sog. Ausleeren der Flaschen) verrichten sollen, obwohl dies auf keiner modern eingerich- teten Hütte mehr üblich ist. Ferner will die Direktion, um das Maß des Anstehens voll zu machen, auch noch die Sonntagsarbeit einführen. Da mit der Direktion keine Einigung zu erzielen war, sahen sich die Arbeiter schließlich genötigt, den Zugang fernzuhalten. Daß auf der Hütte gerade nicht die besten Verhältnisse bestehen, ist unter den Glasarbeitern hinlänglich bekannt, und so ist denn der Zu- zug nach Oldenburg so gut wie abgebrochen. Die Direktion ist nun an die alten Leute herangetreten mit dem Ansuchen, ihre bisher als Einträger beschäftigten Söhne als Lehrlinge anzunehmen. Das haben die Glasmacher unter den be- stehenden Verhältnissen abgelehnt. Der Direktor der Glas- hütte, Geheimrat Schulz, ließ nun am Montag den Ar- beitersausschuß kommen und forderte von ihm, seinen Einfluß auf Aufhebung der Sperre geltend zu machen. Da der Ausschuss nicht ohne weiteres auf das Ansuchen eingehen konnte, kündigte Direktor Schulz dem Ausschuss an, daß der Ausschuss sich Leute, welche seit langen Jahren auf der Hütte beschäftigt sind, sogar bis zu 20 Jahren. — Das Vorgehen der Hütten-Direktion zeigt wieder einmal die ganze Brutalität des Unternehmertums der Glasindustrie. — Auf der Oldenburger Glashütte sind seit Bestehen der Or- ganisation fortgesetzt Arbeiter gemahregelt worden, so daß sich die Arbeiter durch das Vorgehen nicht mehr schrecken lassen.

Oldenburg. Landtag. Vom Gemeinderat von Ahrensböhl und Guffau ist dem Landtage eine Petition zu

Wahlrechtsvorlage zugegangen. In derselben wird bean- tragt: Das Fürstentum Lübeck in zwei Wahlkreise einzutei- len, in denen je zwei Abgeordnete zu wählen sind, statt, wie es in der Regierungsvorlage vorgesehen ist, alle vier Ab- geordnete auf einer Liste zu wählen. Die Petenten erwarten vom Landtage folgende Wahlkreiseinteilung: 1. Wahlkreis Stadt Gutin, Landgemeinde Gutin, Malente, Neutkirchen, Schwartau, Kenfefeld und Stöckelsdorf mit 21 000 Einwohnern. Dem zweiten Wahlkreis sollen die Gemeinden Bosau, Gies- chendorf, Süfel, Guffau, Ahrensböhl, Landgemeinde Ahrens- böhl, Curau, Siblin, Oberwohlde, West- und Ost-Katekau und Redingsdorf mit 17 000 Einwohnern bilden. Begründet wird die Petition mit den Interessengegensätzen von Stadt und Land und damit es den Grundbesitzern in Zukunft bei der direkten Wahl auch möglich sei, ihre Vertreter in den Landtag zu senden. Ferner machen sich die Petenten den Grundlag des liberalen Staatsrechtslehrers Gneist zu eigen: „Es ist ein staatsrechtlicher Grundsatz: Je größer die Summe der Pflichten und Lasten ist, die der einzelne im Staate zu tragen hat, um so größer soll auch sein Recht der Anteilnahme an der Gesetzgebung und der Einfluß auf die Prinzipien sein, nach denen der Staat regiert werden solle. In der weiteren Begründung preisen die Petenten das preussische Dreiklassenwahlrecht übers Bohnenkied und fingen auch den Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen ein Loblied darauf, daß die konservativen und liberalen Ele- mente es dort verstanden haben, das Wahlrecht so zu ändern, daß eine sozialdemokratische Mehrheit in diesen Parlamenten für die Zukunft ausgeschlossen ist. Nehmen wir nun einmal an, der Grundlag von Leistung und Gegenleistung wäre richtig und legen wir die Wahlkreise so zu Grunde wie es die Petenten wünschen, so wird sich herausstellen, daß die Petenten den von ihnen selbst aufgestellten Grundlag auf den Kopf stellen, wenn man die Steuerleistung der einzelnen Gemeinden in Betracht zieht. Wir nehmen hierbei die Zahlen der Sollbeträge für das Jahr 1906—1907, wie sie von der Regierung in Gutin selbst angegeben sind, nach den Ermittlungen der Schätzungsausschüsse, indem wir die Pfennige weglassen.

1. Wahlkreis. Gemeinden	Grund- steuer Mk.	Gebäude- steuer Mk.	Ein- kommen- steuer 1906 Mk.	Gesamt- summe Mk.
Stadt Gutin	507	13 417	66 075	80 279
Landgemeinde Gutin	5110	2 743	7 555	15 411
Malente	2234	7 939	18 770	29 143
Neutkirchen	2548	1 502	4 698	8 838
Schwartau	253	7 694	24 451	31 794
Kenfefeld	2765	2 508	6 417	11 690
Stöckelsdorf	2322	4 059	15 142	21 553
Gesamtsumme:				198 733

2. Wahlkreis. Gemeinden	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Bosau	5369	2 449	7 519	15 337
Gieschendorf	2990	2 602	6 164	11 756
Süfel	2477	1 518	6 464	10 759
Guffau	1739	878	3 255	4 872
Ahrensböhl	588	2 050	7 714	10 372
Landgem. Ahrensböhl	4098	1 314	3 322	8 734
Curau	2935	1 123	3 839	7 977
Siblin	4393	1 027	6 066	11 896
Oberwohlde	1764	591	1 733	4 185
West-Katekau	4412	5 122	11 457	21 041
Ost-Katekau	2204	2 699	5 221	10 124
Redingsdorf	1681	927	2 723	5 283
Gesamtsumme:				122 259

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß der 1. Wahlkreis 198 733 Mark, der 2. Wahlkreis 122 259 Mk. Steuern einbringt, so daß also im ersten Wahlkreise 76 474 Mk. Steuern mehr aufge- bracht werden als im zweiten Wahlkreise. Wir möchten dem- noch die Frage an die Petenten richten: wo bleibt denn hier der Grundlag von Leistung und Gegenleistung? Offenbar haben die Gemeindevorsteher so auf Geratewohl, wie es ihnen am besten in den Kram paßt, die Gemeinden heraus- gegriffen. Wollte man nun den Grundlag der Petenten als maßgebend betrachten, so müßten im ersten Wahlkreise drei Abgeordnete gewählt werden und im zweiten nur einer. Noch interessanter aber würde das Ergebnis sein, wenn man nach der Einwohnerzahl den Durchschnitt der Steuerleistung in den einzelnen Gemeinden ermittelt würde. Hierbei würde sich ergeben, daß die 12 kleinen Gemeinden weit hinter der Durchschnittszahl der 7 größeren zurückbleiben. Die Petenten aber dürfen nicht glauben, daß bei Beratung der Wahl- rechtsvorlage ihre Petition besonders ins Gewicht fallen wird. Im Landtage und Verwaltungsausschuß wird es sich einfach um die Frage handeln: will die Regierung Einzelwahl- kreise nach ihrer geographischen Lage, in denen jeder Abge- ordnete einzeln gewählt wird? Will die Regierung dies nicht, dann muß bei der Gruppenwahl die Verhältniswahl eingeführt werden. Vor allen Dingen aber muß der Land- tag hart bleiben und Einzelwahl unter allen Umständen verlangen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wissen ist Macht.

Allenhalben regt sich innerhalb der Arbeiterschaft das Bestreben, die mangelhafte Schulbildung durch eifriges Nach- studium zu ergänzen, sich durch Aneignung von Wissen zu rüsten für den harten Kampf ums Dasein. Auch in Schwartau hat sich diese Auffassung Bahn gebrochen; sie ist zur Geltung gekommen durch die Gründung der Ar- beiter-Bildungsschule. Diese hat allerdings ihre Tätigkeit noch nicht in dem Maße entfalten können, wie es notwendig ist. Um das zu erreichen, um zu beraten dar- über, welche Mittel und Wege eingeschlagen werden müssen, findet am morgigen Freitag 8 1/2 Uhr im Gasthof Trans- vaal eine Versammlung der Bildungsschule statt, zu der Mitglieder und Freunde der Bildungsbeförderungen freund- licher eingeladen sind.

Ein Mitglied.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Überschuß von der Gewerkegewerkschaft der Mieter
der Kochschen Werft 0,95 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Metzereiverbandes.
Damburg, 11. Dezember.
1. Klasse 203 Drittel zu 130,17 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 14 „ 124,21 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul E. Stilling; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Markt 4 **Otto Albers** Kohlmarkt 10

Mitglied des Rabatt-Sparvereins Lubeca.

Die billigen Preise für alle Artikel meines reich ausgestatteten Lagers sind wohlbekannt.

Jetzt sind alle Abteilungen des Warenlagers aufs beste komplettiert.

Kleiderstoffe für Hauskleider
Meter 35 Pfg. bis 1.15 Mk.

Kleiderstoffe in Wolle u. ¹/₂ Wolle
Meter 68 Pfg. bis 2.65 Mk.
(Karton gratis).

Pelzkragen, schwarz u. farbig,
1.65 bis 36.00 Mk.

Damen-Schürzen mit Achsela
68 Pfg. bis 2.10 Mk.
Reform 1.38 bis 3.90 Mk.
Tüdel 18 Pfg. bis 2.85 Mk.
Küchen 68 Pfg. bis 1.58 Mk.

Damen-Korsetts in allen Weiten
88 Pfg. bis 4.20 Mk.

Damen-Regenschirme
1.45 bis 7.50 Mk.

Damen-Mäntel
kurze von 3.50 Mk. an,
lange von 6.75 Mk. an.
Golf-Capes von 5.25 Mk. an.

Kinder-Mäntel und Jacken
1.68 bis 15.75 Mk.

Normal-Unterzeuge
Herren-Hemden 98 Pfg. bis 5.50 Mk.
Damen-Hemden 55 Pfg. bis 2.75 Mk.
Herr.-u. Dam.-Hos. 98 Pfg. b. 4.50 Mk.
Kinder-Anzüge 68 Pfg. bis 2.45 Mk.

Gestrickte Westen
für Herren von 1.80 bis 12.00 Mk.
für Damen von 88 Pfg. bis 4.75 Mk.

Krumpfreie Flanell-Artikel
Hemden 4.45 bis 7.25 Mk.
Hosen 2.75 bis 5.50 Mk.
Gaschenjacken, gef., 4.65 bis 8.45 Mk.

Apoldaer Artikel
Kopshawls von 68 Pfg. an.
Balktücher von 1.08 Mk. an.
Handen und Kapotten von 52 Pfg. an.

Tischtücher
in Baumwolle, Leinen und Halbleinen
von 58 Pfg. bis 6.75 Mk.

Servietten
von 24 bis 78 Pfg.
mit Hohlsäumen v. 85 Pfg. bis 4.00 Mk.

Taschentücher
weiss Leinen und Baumwolle
für Damen und Herren:
pro ¹/₂ Dutzd. 65 Pfg. bis 4.00 Mk.
für Kinder: Stück 5 Pfg. bis 28 Pfg.

Bettlaken
in Leinen, Halbleinen und Biber
Stück 1.28 bis 4.75 Mk.

Bettbezüge
weiss: 3.15 bis 8.00 Mk.
bunt: 2.25 bis 5.25 Mk.

Hemdentuche
in Kupons von 5 und 10 Metern
pro Meter 35 bis 58 Pfg.,
billige Qualität Partie Meter 25 Pfg.

Handtücher
Drell und Jaquard
Stück 25 Pfg. bis 1.10 Mk.

Farbige Tuch-Tischdecken bestückt von 2⁴⁵ Mk. an.
Baumwoll. Schlafdecken 98 Pfg. 1⁰⁸ bis 2⁹⁰ Mk.
Wollene Schlafdecken 3⁰⁰ 3⁷⁵ bis 9⁰⁰ Mk.

Damen- u. Mädchen-Mäntel Herren- u. Knaben-Paletots
von heute ab bedeutend billiger.

z. B.: **Bodenjoppen**
für Herren von 2.50 Mk. an
für Knaben von 2.50 Mk. an

Hüte und Mützen
in besonders grosser Auswahl

Paletots:
für Herren von 9.50 Mk. an
für Knaben von 2.75 Mk. an

In den einzelnen Abteilungen stehen Partiewaren, nicht für Ausnahmetage, sondern für alle Tage der Woche zum billigen Verkauf.

Rote Lubeca-Marken bei jedem Einkauf.

Heinr. Schultz
Uhrmacher u. Goldschmied
at Johannisstr. 21
— Uhren • Ketten —
Gold- u. Silberwaren
gold. Trauringe, —
Kabinett-Brillen.
— Schmuck —
Reparatur und Reparatoren unter Garantie.

Achtung!
Hafenarbeiter
(zentral).

Mitglieder-
Versammlung
am Freitag, 13. Dezember
abends 8 1/2 Uhr.

in **Waldstr. Johannisstr. 21-22**
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Beschäftigung.
3. Antrag der Schiffenarbeiter.
4. Verschiedenes.
Sollgen. erbeten zahlreich zu dieser Versammlung.
Der Vorstand.

Zum Weihnachts-Fest

bringe allen Freunden und Gönnern mein
Tabak- und Zigarren-Geschäft

in freundliche Erinnerung.
Weihnachts-Zigarren in Präsentkisten zu 25 und 50 Stück nur aus rein überseeischen Tabaken hergestellt.

Carl Wittfoot, Gürstraße 18.

Von Freitag morgen an:

Pa. I. Qualität Husumer Ochsenfleisch

dickes fettes Rindfleisch

zu den äusserst billigen Preisen von 60 Pfg.
Sämtliche andere Fleisch- und Wurstwaren
in prima Qualität zu äusserst billigen Preisen.

Willi Stapelfeldt, Reiferstrasse
Ecke Warendorpstrasse.
Filiale Fackenburg Allee 54.

Besonders schöne Meiereibutter
Brand nur 1.10 Mk. anstatt 1.20 Mk.
Herr. Wischedorf, Köhlerstraße 88.

R. Storck's Restaurant.
Freitag, den 13. d. M., brich mirer Gast-
liche von abends 8 1/2 Uhr an geschlossen.

Christbaumzweige
Lichte u. Lichthalter,
Wal- und Haselnüsse,
Feigen, Datteln, Traubrosinen
Lannenbaumkonfekt
Marzipan und Cakes,
Parfümerien und Seifen.

Otto Fehlauer,
Fackenburg Allee 32.
Sozialdemokratischer Verein
Stodfeldsdorf u. Umgeg.

Versammlung
am Freitag, 13. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr

bei Herrn Postau, Fackenburg
Um zahlreiches Erscheinen wegen wichtiger
Tagesordnung ersucht
Der Vorstand.

Schlutup.
Achtung!
Maurer u. Zimmerer!

Versammlung
am Sonntag, 15. Dezbr.
nachmittags 2 Uhr

im Lokale des Herrn Frese, Gasthof z. Linde
Tages-Ordnung:
1. Der Kampf der herrschenden Klassen
gegen die Arbeiter.
Referent: Genosse J. Stelling.
2. Gründung einer Hilfskassette.
3. Sonstiges.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand der Maurer und Zimmerer.

Arbeiter-
Turn-Verein
Lübeck.

Versammlung
am Freitag, den 13. d. M.,
abends 8 1/2 Uhr,

im Vereinslokal, Hundestraße 41.
Tages-Ordnung:
1. Antrag des Vorstandes.
2. Neujahrsball.
3. Berichte.
4. Wahlen.
5. Verschiedenes.
Es ist dringend notwendig, daß jedes Mit-
glied zu dieser Versammlung erscheint.
Der Vorstand.

Panorama
Breitestraße 53. 1. Etage.
Som 8. bis 14. Dezember:

Kiautschau.
Besuch von Tsingtau.

Hansa-Theater.
Sonntag, 15. Dez., 8 Uhr:
1. Gastspiel des Stadttheater-Ensembles.
AL Preise. Großer Lacherfolg! AL Preise.
Fräulein Vorwärts
Schwan in 3 Akten v. Gordon.
Vorverk. ab heute bei Sager, Kohlmarkt.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: h. Piorkowski.
Freitag, 13. Dezember. 8 Uhr.
55. Abonn.-Vorst. 11. Freitag-Abonn.
Das bisher in Lübeck noch nicht gegebene
Originalstück von Ferd. Bonn
"Der Hund von Westerville".
Sonabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Das Mädchen von Heilbrunn.
Sonntag 4 Uhr: In kleinster Preisen.
Mit neuer Ausstattung:
Athenbrödel.
Abends 7 Uhr:
Groß: Opern-Doppel-Vorstellung zu
einigen Preisen.
Oper in 3 Akten v. Humperdinck.
Hierauf: Der Eisenbaron.
Oper in 4 Akten v. Verdi.
Montag: Gastspiel Eva v. d. Osten
von Dresden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 11. Dezember 1907.

71. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bethmann-Hollweg, Stengel, v. Schön.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen, nach Annahme des Handelsabkommens mit England in dritter Lesung und Überweisung eines Nachtragsetats (Förderung der Luftschiffahrt) an die Budgetkommission wird die Debatte über das Reichsvereinsgesetz fortgesetzt.

Hindewald (Antif.): Wir wünschen die Frau nicht in den Schmutz des öffentlichen Lebens zu ziehen. Die Frau (laut schreiend) gehört ins Haus. Eine Altersgrenze wünschen wir gezogen. Die Juden sind es, die in den Versammlungen Rabau machen. Gegen den § 7 haben wir Bemerkungen. Die Masuren, Littauren und Wenden sind gute Leute, aber mit den Polen steht es anders. Der Paragraph mißte so gefaßt werden: eine fremde Sprache darf nur gebraucht werden, wenn sie nicht mißbraucht wird. (Heiterkeit.) Wenn die Nationalliberalen dies Gesetz mit Haut und Haaren schlucken, dann (mit donnernder Stimme) streichen sie aus ihrem Parteianamen das Wort „liberal“. (Eine nationalliberale Stimme aus dem Hintergrund: „Duhuh“, Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.) Im Namen der alten Vorkämpferin protestiere ich gegen die unveränderte Annahme des Gesetzes. (Beifall bei den zwei bis drei anwesenden Reformern.)

Wetterle (Cf.): schließt sich vollinhaltlich den gestrigen Ausführungen des Lothringers Gregoire an. Was würde man sagen, wenn die Deutschen im Auslande so behandelt werden, wie in Deutschland die Polen? (Sehr wahr! bei den Polen und bei den Soz.) Mit dem Worte „Reichsfeind“ wird großer Mißbrauch getrieben. (Zustimmung bei den Polen, i. Zentr. und b. d. Soz.) Die Worte von Ehrenmännern, wie der Fürst Radziwill, verdienen völligen Glauben. (Bravo! b. d. Pol.)

Schiffert (R.): tröstet die Littauren, Wenden und Masuren. Die konservative Partei wird dafür sorgen, daß ihnen kein Schaden geschieht, und in der Kommission für eine entsprechende Änderung des Paragraphen 7 sorgen. (Bravo! rechts.)

Dr. Spahn (Z.): konstatiert, daß früher auch die Freisinnigen gegen die Gleichstellung der Frau sich erklärt haben (Hört, hört! i. Zentr.), bekämpft erneut den § 7 und weist auf die Gefährdung der Gewerkschaftsbewegung durch verschiedene Bestimmungen der Vorlage hin. Das Zentrum wird nach wie vor für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfen. (Bravo! im Zentr.)

Everling (R.): Das Zentrum treibt Kulturkampf mit ungeheurer Wut. (Huh! im Zentrum.) Prozeffionen führen den Straßenverkehr. (Unruhe im Zentrum.) Kongregationen müssen unter ein besonderes Gesetz; aber evangelische Diakonissenvereine sind keine Kongregationen. Die Zentrumspreffe will den Bloß auseinanderhegen. Der Bloß aber wird zum Wohle des Vaterlandes dastehen wie ein Fels im Meer. — Redner konstatiert dann noch, daß Müller-Weinungen nicht gemeint hat. Die Zentrumspreffe läßt. (Beif. Bravo! beim Bloß.)

Legien (SD.): Es ist mir interessant, hier festzustellen, wie die Vertreter der beiden Richtungen des Christentums eben aneinandergeraten sind, um politischen Einfluß zu gewinnen, während doch nach den Anschauungen ihres Gründers das Christentum einen Einfluß auf dieser Welt nicht haben soll. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich betrachte religiöse Vereine genau so als Vereine, wie politische und gewerkschaftliche Vereine. Ich sehe daher nicht ein, warum bei Regelung des Vereinsrechtes auch auf diese Vereine bezügliche Bestimmungen nicht hineingezogen werden sollen. So verfahren während der Abgeordnete Everling es hingestellt, sind doch Prozeffionen nicht, wie ich dies bei Veranstaltungen der Heilsarmee in London gesehen habe. Nicht das Vereinsinteresse kommt hierbei in Frage, sondern nichts anderes als Ihre Intoleranz. (Sehr richtig! bei den Soz. und im Zentrum.) — Nun zu der Vorlage selbst. Bezüglich des

Rechts der Vereinigung der Landarbeiter muß ich leider konstatieren, daß man das reaktionärste Gesetz noch reaktionärer gestalten will. In der Vorlage ist eine Bestimmung enthalten, die eine Verschlechterung des Rechtsverhältnisses für die Landarbeiter bringt, wenn man bei den Landarbeitern überhaupt von einem Rechtsverhältnis reden kann. (Sehr wahr b. d. Soz.) Während noch in den Jahren 1866, 67 und 69 in Breußen die Koalitionsfreiheit den Landarbeitern aus Rechtsgründen im Prinzip zuerkannt wurde, heißt es im § 16 dieser Vorlage; „unberührt bleiben die Vorschriften des Landrechts in bezug auf Verbindungen und Verbindungen ländlicher Arbeiter und Diensthöten.“ Heute ist in dem preußischen Gesetz von 1854 von einem Verbot solcher Verbindungen nicht die Rede. Die Landarbeiter haben also das Recht, bisher politische Vereine zu gründen, Rechtsschutzvereine, Unterstützungsvereine, Bildungsvereine. Mit dem § 16 des vorliegenden Gesetzes aber wird dem preußischen Dreiklassenparlament die Möglichkeit gelassen, in Zukunft das Verbindungsverbot für Landarbeiter auszusprechen. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im übrigen wäre es hier am Platze, bei Gelegenheit dieses Gesetzes auch mit den Koalitionsverboten der Landarbeiter aufzuräumen. Diese Frage könnte sehr gut geregelt werden, ohne, wie der Herr Staatssekretär sagte, das Gesetz mit einer zu schwierigen Materie zu bepacken, wenn nur der gute Wille dazu vorhanden wäre. Aber hier fehlt eben der gute Wille. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Folge des § 7 würde sein, daß die großpolnische Agitation noch stärker wächst als sie schon infolge der famolen preußischen Polenpolitik gemachsen ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich selbst bin in einer gemischtsprachigen Gegend aufgewachsen und weiß, daß erst die preußische Polenpolitik die politischen Differenzen zwischen Polen und Deutschen geschaffen hat. Der § 7 ist nicht bloß ein antipolnisches Ausnahmengesetz, sondern auch ein Ausnahmengesetz gegen die deutschen Arbeiter, denen dadurch die Möglichkeit genommen werden soll, sich mit ihren polnischen Kameraden zu verständigen. Bekanntlich verwendet das „nationale“ deutsche Kapital gern polnische Arbeiter als Lohndrücker. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es ist nicht Vorliebe für die Polen, die sich häufig sehr feindlich gegen uns benommen haben, welche uns zur Stellungnahme gegen den § 7 veranlaßt. Schon der bloße politische Unstand fordert seine Beseitigung. Die Beseitigung wird aber auch vom Lebensinteresse der Gewerkschaften gefordert, die sich das Recht nicht nehmen lassen können, zu den zu Hunderttausenden vom Kapital nach Deutschland geschleppten Arbeitern, Italienern, Russen, Tschechen, Galiziern, in ihrer Muttersprache zu reden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und doch hat gegen diesen ungeheuerlichen Paragraphen der Abg. Müller-Weinungen nur sehr schwach polemisiert und er hat kein Wort der Ermüdung auf Heines schweren Vorwurf gefunden, daß die Freisinnigen die Sprachenbestimmung als Gegenstand des Ruhhandels beugen wollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Herr Roth erklärte sich gestern für die Sprachenbestimmung. Er schwächte sehr stark. Ich fürchte, die preußische Polizei könnte auf Grund des neuen Gesetzes erklären, daß sie keine Sprache nicht verstehe. (Gr. Heiterk.) Denken Sie nicht, das sei ein Kalauer. Der preußische Volkseigert treibt so absonderliche Blüten, daß er auch diese Blüten gelegentlich treiben würde. — Der Abg. Müller-Weinungen rühmte laut, daß künftighin Präventionsverbote von Versammlungen wegfallen würden. Nicht einmal das trifft zu. Nach dem vielgelagerten Schweigen des Staatssekretärs muß man annehmen, daß die Polizei ihre bisherigen „allgemeinen Befugnisse“ behalten solle. Auf Grund dieser allgemeinen Befugnisse wurde jüngst in einem sozialdemokratischen Wahlvereine ein Vortrag über den Gordenprozeß unterzagt, wurden in Hamburg Versammlungen über Beseitigung der Prostitution verboten: vielleicht, weil es sich dabei um Verächtlichmachung von Staatsbeamten handelte. (Große Heiterkeit.) — Das vorliegende Gesetz will die Auflösungsbestimmungen weiter ausdehnen. Der überwachende Polizeibeamte soll entscheiden, ob in einer Rede ein der Strafverfolgung unterliegendes Vergehen enthalten ist. In der Sache Gorden hat bekanntlich jetzt erst der Staatsanwalt öffentlich rechtliche Gründe zur Strafverfolgung entdeckt. Künftig soll das der Schutzmann tun. (Große Heit. b. d. Soz.) Die Bestimmungen über Auflösung

gen machen für uns das Gesetz unannehmbar. (Zustimmung bei den Soz.) — Wir vermiffen in dem Gesetz die Definition des Begriffs „Verein“. Eine scharfe Begriffsbestimmung ist hier um so mehr geboten, als bekanntlich oftmals Kommissionen und Vorkände für Vereine erklärt worden sind und unzählige Prozesse über diese Fragen geführt wurden. Speziell auch das Interesse der Gewerkschaften nötigt uns, diese Forderung nach scharfer Begriffsbestimmung unausgesetzt zu erheben. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Die Verpflichtung, ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen, ist für Großstädte unschädlich, wird aber in kleinen Orten, wo oftmals der einzige Fabrikant zugleich Amtsvorsteher ist, zu einer gefährlichen Waffe gegen die Gewerkschaftsbewegung. (Beif. Zustimmung bei den Soz.) — Es ist auch unweifelhaft, daß die Bestimmungen über die Anmeldeflicht der Polizei gefährliche Handhaben bieten. Die Frage, welche Versammlung anmeldspflichtig ist und welche nicht, ist bisweilen so schwierig, daß selbst ein Amtsgerichtsrat, der nebenbei Reichstagsabgeordneter ist, sie nicht lösen kann. Ich meine den Abgeordneten Latmann, der neulich wegen Unterlassung der Anmeldung einer Versammlung bestraft worden ist. — Auf die Anzapfungen wegen der angeblichen antimilitaristischen Agitation der Jugendorganisationen gehe ich nicht ein. Die Jugendvereine lehnen eine solche Agitation ab. Wir sind allerdings überzeugt, daß in nicht allzuferner Zeit die heutige militaristische Erziehung der Jugend in denselben Gefühlen betrachtet werden wird, mit der wir auf den Glauben der Indianer von den seligen Jagdgründen herablicken. — Ich gebe den liberalen Rednern recht: Es kommt weniger auf den Wortlaut des Gesetzes, als auf die Anwendung an. Wir haben in Deutschland ein schönes Koalitionsrecht — auf dem Papier. — Wir erkennen die paar Fortschritte, die das Gesetz bringt, an, wir wenden uns aber dagegen, daß sie mit Verschlechterungen erkauft werden. (Beif. Bravo! bei den Soz.)

v. Chrzanowski (Pol): Der gehässige § 7 wird Haß und Erbitterung in der polnischen Bevölkerung erregen. Wird er angenommen, so werden Leiden über das polnische Volk kommen, aber keine Vernichtung. (Bravo bei den Polen.)

Darauf beschließt der Bloß den Schluß der Debatte. Das Gesetz geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern und das Haus verlegt sich auf Donnerstag 1 Uhr. (Vorlesungsges.)

Soziales und Parteileben.

Die Sonderbündler, die im jogen. Allgem. Metallarbeiterverband organisiert sind, haben nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen auf ihrem Verbandstag die Verschmelzung abgelehnt. Sollte das zureifen, dann muß das Dschuch zwischen den Sonderbündlern und der klassenbewußten Arbeiterchaft zerklüftet werden.

Weitere Ansperrungen in der Porzellanindustrie. Thüringische Blätter berichten: Die Ansperrungen der Porzellanarbeiter nehmen immer mehr überhand. In Sigmundsdorf, Unterweißbach und Volkrodt ist noch keine Änderung eingetreten und heute liegt ein Telegramm vor, dessen Inhalt wieder einmal recht drastisch den Weihnachtsschmerz vom „Frieden auf Erden“ illustriert: „Die große Porzellanfabrik Hartwig u. Co. in Raghütte (Schwarzburg-Rudolstadt) hat ihrem gesamten Personal, etwa 300 Arbeitern und Arbeiterinnen, die zum Berliner Verbands gehören, gekündigt.“ — Es handelt sich also, wie es scheint, um eine verabschiedete Unternehmerraktion gegen die Organisation der Porzellanarbeiter.

Gewerbegerichtlicher Anschluß-Antrag. In der letzten Gewerbegerichtssitzung zu Crimmitschau, in der Genosse Necht eine Arbeiterin vertreten hatte, wurde diesem am Schluß der Sitzung durch den stellvertretenden Gewerbegerichtsvorsitzenden Meißner Hagemann eröffnet, daß er zum fünften Male vor dem Gewerbegericht als Vertreter erscheine. Das Gewerbegericht habe beschlossene, ihn fernherhin „wegen geschäftsmäßiger Vertretung“ auszuschließen. Die

Ein verlorrenes Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(7. Fortsetzung.)

Außerst langsam ging Liffs Prozeß voran. Eine Menge Diebstähle und Einbrüche in den verschiedensten Gegenden, welche zum Teil schon in Vergessenheit geraten waren, wurden durch seine und seiner Genossen Geständnisse wieder aufgefrißt; die Untersuchungen wurden aufs neue aufgenommen und viele verhaftet, welche sich längst sicher wähnten.

Da Liff im Baireuthischen viele seiner Verbrechen begangen hatte und in demselben Lande auch gefangen genommen war, so hielt sich das markgräflich brandenburg-baireuthische Hofgericht zu Hof allein befugt, über ihn zu richten.

Auf der andern Seite hatte er aber auch in Niederachsen, in den Hansestädten und namentlich im Lüneburgischen die größten und verwegentsten seiner Verbrechen begangen und auch das Gericht von Celle machte Anspruch, ihn zu richten und zu bestrafen. Man wünschte in Celle um so mehr seine Person zu haben, und man hoffte, durch ihn der ganzen Räuberbande, welche Niederachsen unsicher machte und in Schrecken setzte, auf die Spur zu kommen. Manche von denjenigen, welche an dem Raube der goldenen Tafel in Lüneburg, an den Einbrüchen in Braunschweig und Hamburg teilgenommen hatten, waren verhaftet, da sie in ihre Schuld hartnäckig leugneten, so hoffte man sie dadurch zu überführen, daß man sie Liff gegenüberstellte.

Um Liffs Auslieferung zu erlangen, wurden zwischen dem Hofe in Celle und dem Markgrafen von Brandenburg diplomatische Vermittlungen eingeleitet, welche zwar mit all den unendlichen Weitschweifigkeiten, Unständlichkeiten und Zeremonien jener Zeit betrieben wurden, die aber dennoch zu dem Ziele führten, daß der Markgraf von Brandenburg, als er solche hochtrabende Intentionen, welche die Cellische Regierung im Sinne hatte, vernahm, — wie es in den darüber geführten Akten hieß, sich entsagte, seinen Räuber, der ihm mit allen Rechten zustand, des großen Zweckes wegen der herzoglichen Regierung verabsolgen zu lassen.

Liff sollte also der herzoglichen Regierung ausgeliefert und nach Celle geführt werden. Seine Genossen und Freunde vernahmten dies mit Freude und Hoffnung, denn auf dem langen Wege von Hof nach Celle mußte sich ja genug Gelegenheit bieten, ihren Führer zu befreien. Erst nachdem sie ihn verloren, hatten sie seine Fähigkeiten vollkommen schätzen gelernt.

Die Einigkeit und der Zusammenhang war von ihnen gewichen, ihnen fehlte Liffs sicheres Auge und die meisten von ihnen, welche ihre eigene Kraft überschätzten und Liffs Führung nur ungern anerkannt hatten, waren durch ihre Unvorsichtigkeit bereits dem Gerichte in die Hände gefallen und saßen in verschiedenen Gefängnissen zerstreut.

Andere wieder blühten mit Besorgnis auf die Ausführung des kühnen Verbrechers nach Celle. Gelang es ihm, unterwegs zu entkommen, so befürchteten sie, daß er an manchem Raube nehmen werde. Und sie hatten Grund zu solcher Besorgnis. Wir blicken jetzt mit Lächeln darauf, wenn ein Verbrecher durch ganz Deutschland geführt wird, damals war es anders.

Die meisten unserer Leser werden keine Ahnung von den unendlichen Schwierigkeiten haben, welche sich damals dem Transporte eines Verbrechers entgegenstellten.

Ohne daß man jetzt irgendwelchen Grund hat, sich der Einigkeit Deutschlands zu erfreuen, so war es doch damals noch um vieles uneiniger. Die Zahl der Länder und Ländchen betrug damals über 50 und jeder kleine Herzog oder Fürst, jeder Markgraf oder Reichsfürst wahrte seine Rechte mit eifersüchtiger Kleinlichkeit und hätte am liebsten irgend eines geringen Formfehlers wegen gegen den niedrigsten seiner Beamten mit dem Nachbar einen Krieg begonnen, weil er dadurch seine eigene geheiligte Person verletzt glaubte.

Zudem waren die Wege und Straßen damals noch in einer Verfassung, von welcher unsere Zeit der Eisenbahnen und Chaussees sich keinen Begriff mehr zu machen imstande ist. Was damals Heerstraße genannt wurde, würde jetzt ein Mensch mehr als solche anerkennen, denn ihr fehlte eben alles, was zu einer Straße gehört. Bald führte sie durch eine tiefe Niederung, in der Menschen, Pferde und Wagen in dem moorigen Grunde stecken blieben, bald über den steinigten, steilen Rücken eines Berges, der durch geringen

Umweg leicht zu umgehen gewesen wäre, bald durch tiefe Schluchten und Hahlwege, wo die Räuber und Spitzhüben eine leichte Arbeit hatten, die Kaufleute, Warentransporte und einlame Wanderer zu überfallen. Die Räuber fanden durch die vielen kleinen Länder und Ländchen noch eine ganz besondere Unterstützung, denn wurden sie wirklich in dem einen Ländchen verfolgt, so konnten sie in wenigen Stunden in ein anderes Land fliehen und ruhig dort hart an der Grenze stehen bleiben und ihre Verfolger auslachen. Diese hatten keine Macht mehr über sie und sollte auch in diesem Lande eine Verfolgung gegen sie vorgenommen werden, so erforderte dies eine äußerst schwierige und langsame Prozedur. Es mußten zwischen den verschiedenen Regierungen Briefe und Noten gewechselt werden, weitaufliche Akten wurden darüber aufgenommen und war es ein ganz besonders dringender Fall, so kam die Angelegenheit allerdings schon nach wenigen Wochen zum Abschluß. Während dem hatten die Räuber Zeit gehabt, einige Stunden weiter zu marschieren und sich in ein drittes Ländchen zu begeben. Wo dann dieselbe langweilige Prozedur in betreff ihrer Verfolgung von neuem begann.

Die Cellische Regierung hatte es übernommen, den gefürchteten Räuber aus Hof abholen zu lassen und am 4. Dezember ging eine erwählte Mannschaft von elf Gefreiten und fünf Unteroffizieren unter Führung des Leutnants Brauns mit zwei sechsspännigen Wagen von Celle ab, um den Verbrecher abzuholen. Ein tüchtiger Schließer, welcher in der Kunst, die Hände und Füße unlösbar zusammenzufügen, eine ganz besondere Fertigkeit besaß, war ihnen mitgegeben und außerdem waren sie mit hinreichenden zahlreichen Legitimationen für all die einzelnen Länder und Städte, welche sie berühren, versehen.

Die Mannschaft war aus den tapfersten Männern aus allen herzoglichen Truppen zusammengestellt, sie war von Kopf bis Fuß bewaffnet und schon durch ihre äußere Erscheinung geeignet, überall Furcht und Schrecken einzubringen.

Sie war sich hier ihrer wichtigen Aufgabe vollständig bewußt. Bei ihrem Abgange aus Celle hatten Hunderte ihr das Geleit bis vor das Tor gegeben und wenn nur die Hälfte der Wünsche, welche ihr folgten, eintraf, so mußte sie wohlbehalten in Celle mit Liff eintreffen.

Stadträte Weigandt und Buvac, frühere Freunde des Angeklagten Mros. Auf die Frage des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Abbe, ob sie sich schuldig bekennen, antwortete die jugendliche, häufig in Tränen ausbrechende Gutsbesitzerstochter Elsa Stephan: „Ja, ich habe einen Meineid geschworen!“, während Mros bestritt, das junge Mädchen zum Meineide verleitet, noch bei einer anderen Zeugin einen ähnlichen Versuch gemacht zu haben. Auf Grund der Beweisaufnahme wurde Mros von der Verleitung zum Meineide freigesprochen, wegen „Beihilfe“ zum Meineide aber zu neun Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angeklagte Stephan erhielt wegen Meineides vier Monate Gefängnis. Die gefallene Ordnungsjahre ist billig weggekommen.

Majestätsbeleidigung durch Eigenbleiben beim Kaiserhoch. Über einen Straffall, der nur in Preußen vorkommen kann, ist verhandelt am 6. Dezember der 4. Strafsenat des Reichsgerichts. Vom Landgerichte Meseritz in am 12. Juli der Tischlergeselle Ferdinand Müller aus Posen wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden. Er war auf eine öffentliche Einladung hin, im Januar 1907 in einer Versammlung des Deutschen Wahlvereins in Meseritz erschienen. Die Versammlung wird dort es, so heißt es im Urteile, in Meseritz und Umgebung, daß alle Anwesenden sich bei solchen Hochrufen erheben. Der Angeklagte war zu der Versammlung eigen aus Posen herübergekommen und hatte sozialdemokratische Flugblätter mitgebracht, um sie zu verteilen. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, die sich, wie jeder merkte, auf das kaiserliche Kaiserhoch bezog. Alle erhoben sich mit Ausnahme des Angeklagten, der, vielmehr über seinen Notizzettel gebeugt, „ostentativ seinen Blick“, wie es im Urteile heißt, zuerst wurde er mit Worten, dann mit Faustschlägen und Prüfeln auf die „Ortsitte“ hingewiesen. Dennoch blieb er sitzen. Erst als die „Entrüstung“ gegen den Angeklagten allgemein wurde und sein Name festgestellt worden war, erhob er sich. Er hat, wie das Urteil hervorhebt, in Posen beim Grenadierregiment seiner Militärpflicht genügt. Der Angeklagte behauptete in der Hauptverhandlung, er sei bei der Ansprache im Nebenraum gewesen und habe erst bei der dann folgenden Hauptrede den Saal betreten. Das erachtet das Gericht für widerlegt. Er mußte, daß das Hoch den Zweck hatte, den Kaiser zu ehren. Durch sein Nichterheben — sagt das Urteil — gab er seiner Mißachtung gegen den Kaiser Ausdruck. Er wußte das auch. Noch vor dem Hoch wurde er darauf hingewiesen, daß in Meseritz die Sitte besteht, beim Kaiserhoch aufzustehen. — Die Revision des Angeklagten wurde durch Rechtsanwalt Dr. Hübler (Reipzig) vertreten. Er führte u. a. aus: Der Standpunkt des Gerichtes ist längst verlassen worden und wird in der Literatur von niemand geteilt. Der 3. Strafsenat hat 1898 genau denselben Fall entschieden. Der Senat sagte, ein Emissionsdelikt sei nur möglich, wenn unbedingt eine Verpflichtung vorliege, die durch die Sitte gegeben sei. Das Landgericht hat das Urteil des Senates benützt, aber ohne Konkretisierung, ohne Feststellungen, woher die unbedingte Verpflichtung herkomme und wie es gekommen ist, daß diese Sitte einen rechtsverbindlichen Charakter angenommen hat. Nach dem Urteile könnte man glauben, es bestände eine Art Ortsrecht darin, daß jeder Teilnehmer einer Versammlung aufstehen und laut hochrufen muß. Da könnte man über verurteilt werden, weil er nicht laut genug oder gar nicht hat. Die Sitte, die das Reichsgericht meint, setzen voraus, daß dem Anwesenden bestimmte Handlungen veranlassen. Der 3. B. einer Einladung in einen hohem Hofe, einen Verein folgt, in der Absicht, sitzen zu bleiben, bei dem könnte dies vielleicht zurechnen. Es ist aber auch nicht festgelegt, daß für den in Posen wohnenden Angeklagten das Meseritzer Ortsrecht gültig war. Es ist nicht festgelegt, daß Müller, als er sich von Posen nach Meseritz begab, etwas gewußt habe, von der Verpflichtung, beim Kaiserhoch aufzustehen und auch einzustimmen in dieses. Der Vorsitzende hat nichts davon gesagt, daß das Aufstehen und Rufen eine Ortsitte sei. Erst während der Rede ist der Angeklagte durch Worte, Faustschläge und Prüfeln der Umstehenden „belehrt“ worden. Daß die Faustschläge ober geeignet waren, dem Angeklagten klar zu machen, daß eine Sitte bestände, kann wohl nicht behauptet werden. Eine Sitte setzt doch sittlich hochstehende Menschen voraus, die sie ausüben. Müller wird bei den Personen, die ihn verurteilten, eher eine Unsitte angenommen haben, als eine Sitte. Der Verteidiger beantragte Aufhebung des Urteils und Verweisung der Sache an ein anderes Gericht. Der Reichsanwalt beantragte dagegen die Verweisung der Revision. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf.

Ein Reichsverbandler auf der Anklagebank. Eine wichtige Reichsverbandssache, die auch bereits weidlich ausgebeutert wurde, ist von der nationalliberalen „Fränkischen Morgenzeitung“ in Nürnberg, die zu den eifrigsten Benutzern der Reichsverbandskorrespondenz gehört, gegen unser dortiges Parteiblatt in die Welt gesetzt worden. Das Blatt behauptete in einem ungemein gehässigen Artikel, die Zeitung der „Fränkischen Tagespost“ sei von einem größeren Verband von Geschäftsleuten vor die Alternative gestellt worden, entweder seine Angriffe gegen dieselben mehr zu bringen oder auf die Inserate der Verbandsmitglieder zu verzichten. Es handelte sich um die Kleinigkeit von jährlich 50 000 Mk. Bei der „Tagespost“-leitung sei nun ein geradezu tragischer innerer Konflikt entstanden, das „ideale“ und das „reale“ Prinzip hätten heftig miteinander gestritten, bis schließlich das letztere den Sieg davongetragen habe. Die Zeitung der „Tagespost“ sei unter das laudimische Joch getrocknet und habe sich verpflichtet, künftig ihre Pöbereien und Stänkereien einzustellen. An diese Behauptungen war noch eine ganze Reihe ganz häßlicher und gemeiner Bemerkungen geknüpft. Der redaktionelle Leiter, Genosse Eisner, und der Geschäftsführer, Genosse Jenz, sahen sich genötigt, diese Sache vor Gericht zum Austrag zu bringen, um ihre weitere Ausbeutung zu verhindern. Die Klage wurde am Sonnabend vor dem Schöffengericht Nürnberg verhandelt. Die Beweisaufnahme ergab die völlige Grundlosigkeit dieser perfiden Anschuldigungen. Der Sachverhalt ist folgender: In der „Tagespost“ war ein von einer Gewerkschaftsorganisation herrührendes Eingekauft erschienen, das sich mit dem Fall einer Verkäuferin des Warenhauses Grand Bazar beschäftigte, die, weil sie zu Hause immer den Verdacht erhielt, daß sie Unterschlagungen beging, dann aus dem Geschäft entlassen wurde und aus Gram hierüber Selbstmord verübte. Der Direktor des Grand Bazar veranlaßte einige Firmen, sich durch einen Knebers zu verpflichten, in der „Tagespost“ vorläufig nicht mehr zu inserieren, bis der Geschäftsleiter das Ausbleiben der Inserate auffallen und sie nach dem Grunde fragen würde, dann wollte man ihr die Sache auseinandersetzen. Einige der Firmeneinhaber waren mit dem Vorgeht nicht recht einverstanden, sie meinten, es wäre besser, eine friedliche Verständigung zu suchen. Sie begaben sich deshalb zu dem Anwalt der „Tagespost“ und baten ihn, er möge mitteilen, daß die „Tagespost“ vor der Aufnahme von Angriffen auch die beteiligten Geschäftsleute anhöre. Süßheim erklärte sich bereit, mit dem Redakteur Dr. Weiß, mit dem er am andern Tage in einer Prozesssache zu konferieren habe, zu sprechen. Von einem

Inseratenboykott war nicht die Rede, auch setzten die Herren Süßheim nicht von der Existenz des Knebers in Kenntnis. Als einer von ihnen erklärte, es sei doch möglich, wenn man in der „Tagespost“ inseriere und in der gleichen Nummer stünde ein Angriff auf die gleiche Firma, erklärte Süßheim entschieden, sobald die Inseratenfrage verführt würde, sei jede Verständigung ausgeschlossen, die Redaktion werde niemals ihr Verhalten von geschäftlichen Rücksichten beeinflussen lassen. Die Herren beueuerten, daß sie auch gar keinen Druck ausüben wollten. Dr. Süßheim sprach dann mit Dr. Weiß, der erklärte, wenn die Redaktion auch von der anderen Seite Informationen erhalte und diese Informationen vollständig seien, sei es ihr nur angenehm, nur dürften die Beschwerdeführer nicht zu ermitteln gesucht werden und keine Schädigung erleiden. Die Freiheit der Entscheidung müsse sich aber die Redaktion in jedem einzelnen Falle vorbehalten. Dies teilte Süßheim den betreffenden Herren mit, die sich dadurch für befriedigt erklärten. Weiß hatte diese gelegentliche Äußerung für so nebensächlich gehalten, daß er sie weder dem Chefredakteur noch dem Geschäftsführer mitteilte. Diese bekamen erst Kenntnis davon, als der Artikel der „Morgenzeitung“ erschienen war. Ebenso hatten sie vorher nicht die geringste Ahnung von der Existenz des Knebers, der übrigens nur drei Tage in Kraft gewesen war. In der Verhandlung erklärten die beteiligten Geschäftsleute, daß sie der Leitung der „Tagespost“ nicht die Alternative stellten, entweder auf die fernere Kritik oder auf die Inserate zu verzichten. Das hätten sie schon deshalb gar nicht tun können, weil ihnen bekannt gewesen sei, daß die „Tagespost“ eine solche Zustimmung mit aller Entschiedenheit zurückweisen würde. Sie hätten lediglich, ohne Berufung auf ihre Inseratenumschiffung, erreichen wollen, daß man bei Angriffen auch sie höre. Das ganze Lügengebäude fiel jämmerlich zusammen. Das Urteil lautete auf 100 Mk. Geldstrafe und Publikation in vier Nürnberger Zeitungen. In den Gründen heißt es, der Wahrheitsbeweis sei vollständig misslungen, es sei nicht im geringsten erwiesen, daß an die „Tagespost“ ein solches Ansuchen auch nur gestellt, geschweige denn darauf eingegangen worden sei.

Ein Richter auf der Anklagebank. Wegen schwerer Zittlichkeitsdelikte hatte sich vor einem Erkenntnisinstanz des Wiener Landgerichtes ein Wiener Richter zu verantworten — in demselben Saale, in dem er bis vor wenigen Jahren, mit Talar und Barett bekleidet, als Richter über andere urteilte, und vor denselben Richtern, mit denen er vor noch nicht langer Zeit als Kollege Urteile fällte. Als Klerikaler und Schlingling von Klerikalen hat sich der grauenhafte Verbrecher überwiesene Dr. Josef Michanek emporgearbeitet. Er ist heute 57 Jahre alt. Als Sohn eines armen mährischen Bauern erlernte er das Bäcker-gewerbe. Er entschloß sich aber, zu studieren, und als er 17 Jahre alt war, begann er das Gymnasialstudium. Er sollte Geistlicher werden. Geistliche waren ihm heilig, und er blieb ihnen bis heute dankbar; denn immer hat er sich als Klerikaler gezeigt. Klerikale Hilfe wurde ihm weiter zu teil. Er war in hocharistokratischen Klerikalen Häusern, auch in Rom, Hofmeister. Dann gab er aber, weil ihm eine gute Heirat in Aussicht stand, das Studium der Gottesgelahrtheit auf und wurde Richter. Schon er als im Wiener Landgericht Richter wurde verurteilt, hatte er schwere Verbrechen hinter sich. Er war im Jahre 1886 wegen Erpressung in Untersuchung. Er hatte damals Freizeitsachen mit einer früheren Heirat und eine Prokuratur wurde ihm als Erpressung ausgesetzt. Der Richter Dr. Dimechler erklärte damals, Michanek habe in vorübergehender Sinnverwirrung gehandelt. Der Mann blieb Richter. In Weihnachten 1901 beging er das erste Zittlichkeitsverbrechen, indem er sich an einem seiner Mündel verging. Gewohnheitsmäßig herrschte er die Mädchen in und außer dem Hause. Er hat sich um die Kinder auch bemüht und sie meistens in Klöstern untergebracht, was ihm bei seinen Verbindungen offenbar leichter gelangen konnte als anderen. Er holte die kleinen Mädchen an Sonn- und Feiertagen aus den Klöstern ab, um mit ihnen spazieren zu gehen. Er führte sie in Cafe- und Kaffeehäuser und nahm sie dann in seine Wohnung, wo er die kleinen Mädchen oft über Nacht behielt und sich an ihnen verging. Besonders die Weihnachts- und Oherstage nähte der fromme Mann, den seine pfäffliche Erziehung vor den wüsten Begierden nicht bewahrte, zu seinen verbrecherischen Genüssen aus. Einmal hat Michanek das Verbrechen gar im Gerichtshause begangen. Seine to die zur Schau getragene Religiosität benutzte er auch ganz unmittelbar zu seinen Schmeicheleien. Er zeigte den Mädchen, wie die Anklage sagt, ein biblisches Bild und erzählte ihnen: „Die haben es auch so gemacht.“ Ja, unmittelbar vor den Unzucht-Altar ließ er die Kinder Gebete sagen, und ein Mädchen führte er immer nach den Utentaten in die Botenstube. Dann verbot er den Kindern, etwas von ihren Erlebnissen zu erzählen. Auch in der Anklageschrift heißt es: „Er verstand es, große Religiosität zur Schau zu tragen, und unterschied es nicht, den Kindern bei seinen Besuchen in der Anstalt stets heilsame Ermahnungen zu teil werden zu lassen.“ Erst im September 1907 entschloß sich eines der geschändeten kleinen Mädchen, das nun 13 Jahre alt ist, der Oberin der Kinderchugstation St. Margareta mitzuteilen, was der Herr Vormund verübte. Dr. Michanek wurde verhaftet und die Untersuchung ergab, daß er sich an acht Mädchen im Alter von 8 bis 13 Jahren Jahre hindurch vergangen hat. Fünf von den Mädchen waren seine Mündel. Das Gericht verurteilte die Verhandlung. Es soll ein Fakultätsgutachten über den Geisteszustand des Michanek eingeholt werden. Die vom Verteidiger beantragte Entlassung des Angeklagten wurde abgelehnt. Wenn nun die Fakultät den Dr. Michanek als geisteskrank erklären würde, müde man vor der Tatsache, daß Hunderte von Gerichtsentscheidungen und Urteilen von einem irrsinnigen Richter gefällt wurden oder daß ein irrsinniger Richter an ihnen mitgewirkt hat. Man müde also zumindest die Erkenntnisse, bei denen die Stimme des Dr. Michanek entscheidend war, aufheben.

Aus Nah und Fern.

Eiferjuchtsdrama. Gegen 11 Uhr vormittags brachte in Berlin der Gasarbeiter Otto Schmidt aus Eiferjucht der Frau des Fensterreinigers Krosch in Friedenau durch einen Revolvererschuss lebensgefährliche Verletzungen bei und tötete sich dann durch einen Schuss in die Schläfe.

Mordchronik. In Berlin wurde der Arbeiter Johann Kießling in seiner in der Carmen Syloa-Strasse gelegenen Wohnung tot aufgefunden. Anscheinend liegt Mord vor. Als verdächtig wurde keine Konkubine Emma Wenzlaf festgenommen. — Die „Breslauer Zeitung“ meldet aus Bieleig: Nahe der preussischen Grenze wurde Montag abend in einem an einer einsamen Chaussee liegenden Gasthause das Ehepaar Komor, die Besitzer des Gasthauses, von zwei jungen Männern, die den ganzen Nachmittags dort gezecht hatten, durch 3 Revolverschüsse zu Boden gestreckt.

Der Mann ist tot. Die Frau wurde schwer verletzt. Die Täter beraubten die Geliebte und entflohen.

Risiko der Arbeit. Der „Kölnischen Zeitung“ zufolge stürzte in der Schwefelsäurekammer der Chemischen Fabrik in Kalk die Bleibede ein. Vier Arbeiter wurden schwer verletzt, von denen einer bereits gestorben ist.

10 Mann ertrunken. Aus Sandefford wird gemeldet, daß der zwischen Christiana und Stien verkehrende Dampfer „Union 1“ bei Lüssberg untergegangen ist. Die aus 10 Mann bestehende Besatzung ist ertrunken. Fünf Leichen sind bisher gelandet. Zahlreiche Wrackstücke sind an Land getrieben worden.

Der Deckeneinsturz in Hannover. Wie schon gemeldet, erfolgte in Hannover am Montag mittag in dem Neubau der Provinzial-Steuerdirektion ein Deckeneinsturz, bei dem drei Maurer schwer verunglückten. Der gewaltige Neubau, der sich am Waterloo-Platz, gegenüber dem neuen Hofgerichtspräsidenten, erhebt, geht seiner Vollendung entgegen; er ist im Rohbau fast fertiggestellt. Die Decken des Gebäudes sind aus Beton und Eisen hergestellt. Am Montag morgen um 11 Uhr stürzte mit lautem Knack die Decke im dritten Stock ein. Gegen 11 1/2 Uhr beorderte ein Bauführer drei Maurer zur Fortschaffung des abgestürzten Gerümpels in den zweiten Stock. Kaum hatten die Männer ihre Arbeit begonnen, als sich der Boden unter ihren Füßen senkte und die Decke des zweiten Stockes mit donnerndem Gepolter in die Tiefe sank, dabei die Decke im ersten Stock durchschlagend, sodas auch die Decke in die Tiefe stürzte. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr räumte die Schuttmassen mit auf und schaffte drei schwerverletzte Arbeiter mit den requirierten Sanitätswagen ins Krankenhaus. Mehrere Ärzte erschienen sofort an der Unglücksstätte und legten den Verletzten die ersten Notverbände an. Zwei Maurer von den Verunglückten sind verheiratet; einer hatte am Sonntag Hochzeit gehabt.

Das fällige Eisenbahnunglück. Am 10. Dezember nachmittags fuhr der ganze Schnellzug Nr. 42 (Strecke Posen-Kreuz) bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Miala aus bisher unbekanntem Grund eine steile Böschung hinab. Schwer verlegt wurde nach den bisherigen Meldungen niemand. Leicht verletzt sind zehn bis fünfzehn Personen. Nach weiteren Meldungen sind der Packwagen und die Lokomotive des Zuges abgestürzt. Ein Hilfszug ist von Posen mit Ärzten abgegangen. Einzelheiten fehlen noch.

Ein sechsfacher Mord. Der Montag nacht in Landshut bei Konty verübt. Der Gastwirt Huppert, dessen Ehefrau und seine vier Kinder wurden ermordet und beraubt aufgefunden. Huppert war als wohlhabend bekannt. Die Gendarmen nahmen die Verfolgung der Täter auf. Ein zweiter Mord wurde in derselben Nacht in Konty an dem Landwirt Hieber und seiner Ehefrau verübt. Auch hier fehlt jede Spur.

Ein ganz Keines Kulturbildchen. Aus Thüringen schreibt man der „Berl. Volkstz.“: Ein polnischer Arbeiter, der auf dem Hellschiffen Rittergute in G. beschäftigt war, hatte sich eine antike Summe Geldes gepart und bewahrt sie, in ein Tuch eingebunden, in seinem Bette auf. Eines Tages aber war das Geld verschwunden; der Täter hatte statt des Geldes eine Karotte in das Tuch eingebunden. Da die Nachforschungen nach dem Dieb erfolglos blieben, suchte der verlorene Zuchler bei einer weißen Frau in Laucha. Diese gab ihm die tröstliche Versicherung, der Dieb würde zur Strafe für seine Missetat in wenigen Tagen in eine furchtbare Krankheit verfallen und eines entsetzlichen qualvollen Todes sterben. Der Wole machte aus dieser Prophezeiung seinen Arbeitskollegen gegenüber kein Geheimnis und — am nächsten Tage fand er das ganze Geld an seinem alten Plage wieder.

Schuldensagen. Aus Schindlitz (Sachsen-Mtenburg) wird berichtet: Dem Uhrmacher R. hier war vor einiger Zeit ein goldenes Armband abhanden gekommen. Der achtjährige Sohnknecht B. und sein 16jähriger Freund T. kamen in den Verdacht, es entwendet zu haben; sie gestanden auch nach anfänglichem Leugnen schließlich alles ein. B. wollte von T. in den Laden geschickt worden sein, und B. wollte das gestohlene Gut auf dem Boden verstreut haben, wo es ihm wieder abhanden gekommen sei. Jetzt — man staunt, wie dies möglich ist — hat auf einmal der Uhrmacher das Armband in seinem Geschäftstokal an derselben Stelle wiedergefunden, wo er es — dessen entant er sich genau — feinerzeit aufgehoben hat. Von Diebstahl ist natürlich keine Rede mehr. Man ersieht daraus wieder einmal, wie die Aussagen von Kindern und unreifen Leuten zu bewerten sind.

Ausbeuter-Christentum. Aus dem frommen Kleeve berichtet die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ von dem folgenden Gespräch, das unlängst in einem größeren Betriebe zwischen dem Arbeitgeber und einem Arbeiter geführt wurde: „Guten Tag, Herr.“ — „n Tag. Was gibst?“ — „Ich bin heute 25 Jahre in Ihrem Betriebe tätig.“ — „So? Dann kaufe dir eine Birole; ich gebe die Augen dazu.“ — „Wenn ein 25 Jahre gearbeitet hat, ist's lange genug.“ — „Und ganz Kleeve lacht über den famosen Witz.“ — fügt das katholische Arbeiterblatt bitter hinzu. Kleeve ist bekannt wegen seiner christlichen Frömmigkeit; die Leute, die vom Arbeiterschweiß leben, bilden keine Ausnahme von dieser Regel.

Einem Vorgeschmack der Hölle bereitet Herr Farrer Keinecke in Marren seinen gläubigen Schäflein. In einer Predigt schilderte der Herr Farrer seiner erlauchten Gemeinde laut „Dortm. Jtg.“ die Qualen der Hölle folgendermaßen: „Ein junges Mädchen bügelt an einem heißen Tage. Sie öffnet vorn das Kleid, denn sie ist „müde“ und will sich abkühlen. Dann nimmt sie ein Bügelleisen, hält es in die Waage, um zu prüfen, ob das Eisen heiß genug sei; sie hat aber vergessen, das Türchen am Bügelleisen zu schließen, und siehe! Es fällt der glühende Bolzen heraus und dem Mädchen unter das Hemd. Das müde schreckliche Schmerzge- gewesen sein, aber noch schrecklicher sind die Qualen der Hölle.“ — Wie man versteht, hat die Hölletheorie des Herrn Keinecke selbst unter den unbedingt Höllengläubigen Martens Sensation hervorgerufen. Eingeweihte wollen allerdings wissen, Herr Farrer Keinecke sei ehrgeizig und bemühe sich um einen Lehrstuhl an der Münsterischen Universität, da ihn die Vorbeeren seines Kollegen Benz, der in ähnlicher scharfsinniger Weise den Sitz der Hölle ausfindig gemacht hat, nicht schlafen ließen. Herr Keinecke mag sich beruhigen; er ist dem Münsterischen Professor noch über. Warum der Farrer aber gerade das Beispiel „unter dem Hemde“ sucht?

„Daß Ihr Hülfe werdet.“ Die Volksvertreter werden bei Eröffnung der diversen Landtage vom frommen Staat stets zu einer Predigt geladen, damit sich die Herren erst ihr Gewissen klären, um den Steuerzahler ordentlich zu regieren. Aus Karlsruhe wird folgendes Entzücken berichtet: Freunde des Quimors fragten sich schmunzelnd, wie wohl am Dienstag letzter Woche von den Vertretern der Landstände der Predigtunter ausgenommen worden ist, den Hofprediger Fischer in der Schloßkirche in Anwesenheit des Großherzogs und des gelarten Postmeisters seiner Predigt zugrunde legte. Mit lauter Stimme rief er den Volksvertretern den Bibeltext zu (1. Thessal. 4,11): „Ringet danach, daß Ihr

Hilfe werdet und das Gute schafft! Man muß abwarten, ob die Predigt den erhofften Eindruck gemacht hat und die in dem frommen Spruch enthaltene Mahnung von den bisher so redelustigen Abgeordneten wirklich auch befolgt wird. Manchen hohen Herrschaften würde das nicht gerade unangenehm sein.

So spricht man mit Arbeitern! Der Fabrikdirektor Hordaug, Firma Amehes Hordaus A.-G. in Lichterfelds (Oberfranken), welcher am Sonnabend früh einem seiner Arbeiter namens Geldner gekündigt hatte, wurde Abends von diesem wegen der Kündigung zur Rede gestellt. Nach kurzem Wortwechsel zog Hordaug einen Revolver und schoss den Arbeiter in den Hals, so daß Geldner sofort zusammenbrach und lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Hordaug wurde angeblich verhaftet.

Unter einer Lamina begraben. Der Jansbrucker Staatsbahnkommissar Dr. Heinrich Hoffmann geriet am Sonntag beim Schifahren am Arlberg in eine Lamina und verunglückte tödlich. Er befand sich auf dem Abstieg von Ulmerhütte nach Stuben. Infolge Wetterumschlags rutschte eine Schneewand ab. Hoffmann geriet in die Lamina, aus der er sich nicht mehr herausarbeiten konnte, obwohl zwei Begleiter sofort Hilfe leisteten. Die Leiche wurde nach einer Stunde geborgen und nach Jansbruck gebracht.

Über einen Unfall auf einem Schnellzug berichtet die „Post, Fig.“: Der Schnellzug Cherbourg-Paris fuhr am Sonntag mit seiner 60 Kilometer-Geschwindigkeit zwischen Labonneville und Errent, als der Feizer, der auf dem Tender gearbeitet hatte, bei seiner Rückkehr auf die Lokomotive plötzlich hinfiel. Da er selbst die neuartige Lokomotive nicht zu behandeln verstand, suchte er den Zug zum Stillstand zu bringen, was ihm gelang. Zufällig war unter den Reisenden ein Maschinenführer, der für den Verschwundenen eintrat und den Zug nach Paris brachte. Auf der Strecke wurden später die verstreuten Gliedmaßen des Mechanikers gefunden. Der Zug war mindestens eine Viertelstunde ohne Führer gelassen.

Saberselbsttreiben. Der Münchener Polizeibericht meldet: In der Nacht von Sonntag zu Montag fand bei Englmarting, Gemeinde Brunnthal bei Sauerlach, ein Saberselbsttreiben statt, nachdem vorher bei einem dortigen Gutsbesitzer eingebrochen worden war. Der Gutsbesitzer und sein Volontär verteidigten sich mit ihren Schusswaffen und glaubten auch zwei bis drei Daberselbsttreiber getroffen zu haben. Am Morgen fanden sich an den betreffenden Stellen auch Blutspuren. Die verletzten Personen sind bis jetzt nicht ermittelt worden.

Ermittelte Kirchenplünderer. In einem vornehmen Pensionat Kopenhagens wurde nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ von der Kriminalpolizei ein junger Deutscher namens Markussen festgenommen. Er war mit großer Eleganz gekleidet und hatte eine größere Summe Geldes bei sich. Das Geld stammt von den in den Kirchen der Provinzstädte Seelands aufgestellten Sammelbüchern, die Markussen geplündert hatte. Er verweigerte der Polizei gegenüber die Angabe seines Heimatsortes und aller näheren Personalien.

Seine Gesellschaft, diese Liberalen. Ein wenig helles Mitglied der Selben in Augsburg hat bei der Gewergerichtswahl neben zwei Stimmzetteln auch ein von der Fabrik erhaltenes Zirkular in die Urne gelegt. Auf dem Zirkular steht: Die Mitglieder des Arbeitervereins vom Werk Augsburg werden aufgefordert, zu den demnächst stattfindenden liberalen Versammlungen zahlreich zu erscheinen. — Früher wurden die Arbeiter aufgefordert, dem gelben Verein beizutreten, jetzt erhalten sie die kategorische Aufforderung, in die liberalen Versammlungen zu gehen. Da jedes Mitglied der Selben vor dem gutorganisierten Spießdienst eine Heidenangst hat, leisten sie der Aufforderung natürlich massenhaft Folge und anderen Tags liest man dann in liberalen Blättern, daß der „liberale Gedanke“ mächtig vorwärts schreitet.

Explosion. In der Schwefelgrube von Percara (Italien) fand eine Explosion im Gase statt. 5 Bergleute wurden getötet.

Eine Löwenjagd. Auf dem Place St. Jeanne in Antwerpen, auf dem gerade Gemüsemarkt abgehalten wurde und etwa 200 Personen anwesend waren, hat sich am 6. Dezember ein aufregender Vorfall abgespielt. Aus einer Wenzelgasse, die in der Nähe des Platzes ihre Zelte aufgeschlagen hat, hatten sich eine Löwin und ein junger Löwe in einem unbewachten Augenblick den Weg in die Freiheit gebahnt. Während das junge Tier ohne große Mühe eingefangen werden konnte, lief die Löwin auf den Marktplatz, wobei ihr Erscheinen Furcht und Entsetzen hervorrief. Die Gemüsehändlerinnen ließen ihre Waren im Stich, das Publikum hob schreiend und jammernnd auseinander, und im Augenblick war der Marktplatz leer. Im ersten Moment war die Löwin über die wilde Flucht der Menge so erstaunt, daß sie schwächern stehen blieb. Nachdem sie aber die Fassung wiedererlangt hatte, schickte sie sich an, in den nächste Straßen zu geben. Auf dem Wege begegnete der Löwin ein junger Mann, der eben aus einem Laden heraustrat. Er wurde zu Boden geworfen, konnte sich aber noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Jetzt unternahmen es

Polizeibeamte, denen sich ein Fleischer zugesellt hatte, dem Raubtier auf den Leib zu rücken. Der erste Versuch, dem Tier eine Schlinge um den Hals zu werfen, mißlang und trug dem Fleischer eine Verletzung ein. Ein zweiter Versuch hatte mehr Erfolg. Bald lag die Löwin in der Schlinge, die an einem Baum befestigt wurde. Als das Tier sich aber gefangen sah, unternahm es so wilde Sprünge, daß das Seil riß. Nachdem jede Hoffnung, die Bestie lebend zu fangen, aufgegeben war, feuerten die Beamten mehrere Revolvergeschosse auf die Löwin ab, die sich, vom Schmerz gequält, wütend auf ihre Bedränger warf und ihnen mehrere Wunden beibrachte. Erst nach vierzig Schüssen war die Löwin wehrlos gemacht. Als man sie aufheben wollte, um sie fortzuschaffen, zeigte es sich, daß sie noch lebte. Ein Stoch mit einem Speer, der das Tier in das Herz traf, machte seinem Leben ein Ende. Einer der Angreifer, der versehentlich durch einen Schuß in die Hand vermerndet worden war, mußte in ein Hospital übergeführt werden, wohin er als der „Heil des Tages“ unter begeistertem Jubel des Publikums von einer tausendköpfigen Menge begleitet wurde.

Bülow und Umland. Dem zitierten Reichskanzler schreibt die „Hilfe“ etwas Unangenehmes ins Stammbuch. Sie bringt folgenden Dialog:

Bülow: Ich erbitte mir Ihre Hilfe zur Durchführung meiner nationalen Politik.

Umland: Haben Sie meine Reden gelesen, Durchlaucht?

Bülow: Aber, Verehrtester, ich habe ja Ihr Wort vom Tropfen demokratischen Oles zitiert!

Umland: Haben Sie gerade die Rede gelesen, in der dieses Wort vorkommt?

Bülow: Warum gerade diese?

Umland: Weil sie viel radikaler ist, als Euer Durchlaucht es vertragen!

Bülow: Was steht denn Schreckliches darin?

Umland: Nichts anderes, als daß ich, Ludwig Umland, gegen das erbliche Kaiserthum gesprochen habe. Ich bin dafür, daß selbst die Kaiser vom Volke gewählt werden müssen.

Bülow: Das ist ja „Asphaltliberalismus“!

Auf Wiedersehen, Herr v. Umland!

So kommt es, wenn man um jeden Preis zitiert!

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwarg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

6. März.
Sonntag, den 15. d. M., Morg. 9. Uhr.
bei Fräulein Grosshändler Altes.

B. Schw.
Freitag, Abend 9. Uhr: Versammlung.

Im Verleihen der Wohnung am Segnerplatz
Wilhelm Bremer
Lage mit warmen Herden und Boden der
Küche von 2 Stuben und 2 Kammern
zu vermieten.

Lucie Koser.
Edmund Keimers.
Im Verleihen ein herrliches Zimmer
für 1 oder 2 junge Leute

Ein kleines heizbares Zimmer ist zu
verleihen

Im 1. Stock 1805 eine Wohnung zu
verleihen. Altes

Heinrich Borgwardt.
Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Große Auswahl

moderner Schlafzimmer, echt und ff. lackiert.
Bettstellen in verschied. Mattern, Polster-, Stahlbratt- u. Auflage-(Kissen)Matratzen.
Garnituren in modernen Stücken und Möbelstoffen.
Bettstufen in großer Auswahl, echt und ff. lackiert.
Drumme mit Stahl.
Spiegel, Bilder, Salons, Sp. Ausziehb., Steg- u. Küchentische (Stühle).
Küchenschränke mit und ohne Nachen.
Verkauf von Gardinen und Möbelstoffen.
Vierung von Saloneinrichtungen.
Große Auswahl in Weihnachtsartikeln.

Eigene Tischlerei und Polsterwerkstatt.
Geben auf sämtliche Sachen meine langjährige Garantie.

Die Möbel sind in meinem neuerrichteten ca. 42 m tiefen Laden zur Ansicht aufgestellt.
Paul Rehder, Tischlermeister,
Hundest. 13.

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Für jeden Haushalt

zu Weihnachten eine

SINGER

Nähmaschine

ist das nützlichste Geschenk.

Die Läden in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden sind sämtlich an diesem Schild erkennbar



SINGER CO.

Nähmaschinen Act.-Ges.
Lübeck, Breitestraße 40.

Zum Backen!

Echt Lau'schen Kuchensirup
Prima Weizenmehl
Mandeln, Succade, Orangeat,
Hirschhornsalz, ger. Pottasche,
Rosenwasser, Zitronen,
sämtliche Gewürze in pa. Qualität
empfiehlt

J. Runge, Drogerie

Moissinger Allee 6 a.

K. Knabe

21 Meierstrasse 21
empfiehlt

Zigarren, Zigaretten,
Rauch-, Kau- und Schnupftabake,
Zigarren-Spitzen u. Shag-Pfeifen.

Zu Weihnachtsgeschenken große Auswahl
in 1/2, 1/2 u. 1/2 Kisten, in nur guter Ware
und feiner Ausstattung.

Pferdehaare,

Kuhschweishaare, Mahnen etc. kauft zu
höchsten Tagespreisen

J. L. Würzburg,

Wahmstraße 22a.

Visit-Karten

auf ff. Elfenbeinkarten
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lda. Volkshaus
Johannstraße 46.

Weihnachtsbäume

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Die Arbeiter-Garderoben

als dem Spezial-Geschäft von

Otto Albers

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Carl Folkers

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Johannes Probst

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Im Verleihen ein Zimmer mit Küche
zu vermieten

Otto Feblauer

Jadenburger Allee 32.

August Döbert

Tinkenbogen 28.